



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung

der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau



Aus der Arbeit 2010

10



EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU

<p>3 Vorwort</p> <p>4 Jugend und Ausbildung Wenn der Anfang besonders schwer ist Ausbildungspatenschaften – Kampagne der Jugendwerkstatt Gießen</p> <p>10 Landesgartenschau Mehr leben – anders wirtschaften jetzt! Das Zentrum auf der Landesgartenschau in Bad Nauheim</p> <p>14 Klimaschutz Minus 25 Prozent CO₂ in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau – Runder Tisch entwickelt Integriertes Klimaschutzkonzept</p> <p>15 Krankenversicherung Solidarisch oder privat? Das deutsche Krankenversicherungssystem entfernt sich von einer solidarischen Verteilung der Lasten Gesundheitsreform: Welche Änderungen gibt es?</p> <p>18 Europäisches Jahr gegen Armut und Ausgrenzung Kein neues, aber ein brennendes Thema</p> <p>21 Wirtschaftspolitik Neue Werte oder auf ein Neues – Veranstaltungsreihe zu Alternativen in der Wirtschaftspolitik</p> <p>24 Betriebsbesuch Der Mensch steht im Mittelpunkt – Betriebsbesuch beim Windkraftanlagenhersteller Fuhrländer im Westerwald</p>	<p>26 Tariffucht Schließung der Darmstädter Druckerei sorgt für Wirbel – Evangelische Dekanate in Südhessen setzen sich für den Erhalt von tarifgebundenen Arbeitsplätzen ein</p> <p>28 Sonntagsallianz Den Zeiträubern müssen Grenzen gesetzt werden – Allianz für den freien Sonntag in Rheinland-Pfalz und Hessen gegründet</p> <p>31 Politische Jugendbildung Lernort Auschwitz – Jugendseminar in Polen</p> <p>32 Ländlicher Raum Ernte Dank heute – Zwischen traditioneller Form und zukunftsweisendem Inhalt Feldzerstörung ist kein Mittel der Politik – Christliche Impulse zu umstrittenen Landwirtschaftsthemen Das Wettrennen um fruchtbares Ackerland hat begonnen – Zukunft fair teilen</p> <p>36 Neue Medien Schlüsselqualifikation Medienkompetenz Sie muss gestärkt werden</p> <p>37 Streiflichter</p> <p>40 Adressen</p> <p>42 Impressum</p>
---	--

Liebe Leserinnen und Leser,

über allem Tun stand im Jahre 2010 die Losung aus dem Evangelium des Johannes, Kapitel 14:

„Jesus Christus spricht:
Euer Herz erschrecke nicht.
Glaubt an Gott
und glaubt an mich.“

Eine tröstende Zusage und ein Hinweis auf eine grundlegende und tragfähige Lebens- und Handlungsperspektive zugleich. Hineingesprochen in das Jahr 2010, das rückblickend durchaus als zwiespältig gelten kann. Dies zeigt sich allein schon daran, dass die einen die Finanzmarktkrise am Ende des Jahres als überwunden ansahen und die anderen angesichts bestehender oder drohender Finanzstaatskrisen in der Eurozone skeptisch bleiben. Ungeachtet dieser Diagnosen ist die gegenwärtig im Gang befindliche Debatte um die zukünftige Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung aus kirchlicher Sicht sehr zu begrüßen.

Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung hat sich im vergangenen Jahr durch Veranstaltungen, Vorträge und Stellungnahmen auf vielfältige Weise an dieser Debatte beteiligt. Das Europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung 2010 war ein guter Anlass, erneut öffentlich über die Notwendigkeit von Werten in der Marktwirtschaft nachzudenken. Die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände halten dabei ihre Forderung nach einer moralisch fundierten und sozial eingebundenen Marktordnung aufrecht. Gerechte Teilhabe-, Bildungs- und Entwicklungschancen für alle Menschen bilden dabei einen wichtigen Bestandteil.

Daher trifft auch die Entscheidung der Bundesregierung schwer, im Zuge der Haushaltskonsolidierung in den kommenden Jahren deutliche Einschnitte bei der Arbeitsmarktförderung vorzunehmen. In der Folge werden bundesweit voraussichtlich Tausende Plätze in Beschäftigungsmaßnahmen, in Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten, in Trainings- und Vermittlungsmaßnahmen, in Ausbildungsvorbereitung und Ausbildung entfallen. Viele Hilfeempfänger werden nicht mehr in Aktivierung, Förderung und Reintegrationsangebote einbezogen, sondern bleiben zu Hause. Davon betroffen sind insbesondere auch Einrichtungen, die sogenannte „Arbeitsmarktferne“ unterstützen. „Aus der Arbeit 2010“ möchte auf die besondere Härte dieser Entscheidung am Beispiel der „Jugendwerkstatt Gießen e. V.“, einer kirchlich getragenen Qualifizierungs- und Ausbildungsstätte, aufmerksam machen.

Aber nicht nur arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische bzw. -ethische Zusammenhänge standen im Fokus der Arbeit des Zentrums, aus den Arbeitsfeldern Arbeit und Soziales, Umwelt, Ländlicher Raum und Jugend und Gesellschaft seien hier nur einige wenige Schlaglichter genannt:

■ **Allianz für einen freien Sonntag:** In den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz wurden Allianzen für einen freien Sonntag mit auf den Weg gebracht und durch Veranstaltungen begleitet. Die Allianzen stellen Initiativen auf Länderebene dar und stehen mit der Bundesinitiative „Allianz für den freien Sonntag“ in Verbindung. Diese Initiative will den freien Sonntag als gemeinsamen Zeitanker für die Menschen fördern und setzt sich für eine positive Sonntagskultur ein.

■ **Integriertes Klimaschutzkonzept:** Mit dem Bewilligungsbescheid des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erhielt das Integrierte Klimaschutzkonzept der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau „grünes Licht“. Damit ist die EKHN ihrem Ziel, bis zum Jahre 2015 25 Prozent CO₂, bezogen auf das Jahr 2005, zu reduzieren, einen guten Schritt näher gekommen.

■ **Zukunft fair teilen – nachhaltige Nutzung von Agrarressourcen:** Mit vielfältigen Veranstaltungen beteiligte sich das Zentrum an diesem Thema und sieht in den „Erntedankfesten“ ein wichtiges Fest im Jahreslauf.

■ **Unternehmensbesuche:** Die Reihe „Unternehmensbesuche“ wurde mit einem Besuch bei dem Windkrafthersteller Fuhrländer AG in Liebenseid fortgesetzt.

Die vielfältige Arbeit gelingt nicht ohne die Menschen, die sie tun. Ihnen allen gilt mein herzlichster Dank.

Und Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, wünsche ich eine anregende Lektüre.

Oberkirchenrat Christian Schwindt
Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung





Wenn der Anfang besonders schwer ist

Die Jugendwerkstatt Gießen baut Brücken in Ausbildung und Beruf

Ein Ausbildungsabschluss ist nicht das Ende des Lernens und der Berufsbildung. Er ist aber der erfolgreiche Abschluss eines Lebens- und Bildungsabschnittes. Wer in unserer Wissens- und Bildungsgesellschaft bestehen will, braucht so einen Abschluss, auch wenn er sich darauf nicht ausruhen darf.

Das Risiko der Arbeitslosigkeit, besonders der Langzeitarbeitslosigkeit ist bei den „Ungelernten“ ungleich höher. Zwei Drittel der arbeitssuchenden Hartz-IV-Empfänger haben keinen Berufsabschluss. 12 bis 15 Prozent aller Schulabgänger sind persönlich und/oder fachlich nicht ausreichend qualifiziert, um eine Ausbildung zu beginnen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Nach dem Bildungsbericht 2010 wächst jedes dritte Kind unter 18 Jahren in sozialen, finanziellen und/oder kulturellen Risikolagen auf. Das ist in jedem Fall eine schlechte Voraussetzung für einen erfolg-

reichen Bildungs- und Berufsweg. Unabhängig davon, welche Gründe wir dafür erkennen und wen wir dafür verantwortlich machen: Wir dürfen die Jugendlichen, die auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht zum Zuge kommen, nicht ohne Ausbildung lassen. Eine Zukunft ohne Perspektiven wäre vorprogrammiert.

Die Jugendwerkstatt Gießen hat Erfahrung in der Ausbildungsvorbereitung von benachteiligten und nicht ausbildungsreifen Jugendlichen. Für die, die dennoch keinen Ausbildungsplatz finden, hat die Jugendwerkstatt seit über 25 Jahren Ausbildungskonzepte entwickelt und erfolgreich umgesetzt. Ca. 80 Prozent der Jugendlichen, die sich nach der Ausbildung in der Jugendwerkstatt der Prüfung gestellt haben, haben diese bestanden.

Pfarrer Christoph Geist

Ausbildungspatenschaften

Jugendwerkstatt Gießen startet Kampagne

Die Jugendwerkstatt Gießen, ein von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau geförderter Qualifizierungs- und Ausbildungsbetrieb für benachteiligte, schwer vermittelbare Jugendliche, startet gerade eine Kampagne zur Übernahme von Ausbildungspatenschaften.

Pfarrer Christoph Geist vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung leitet gemeinsam mit dem ersten Vorsitzenden der Jugendwerkstatt, Wolfgang Balser, den Betrieb und ist für die Kampagne verantwortlich. Mehrere Ausbildungspaten übernehmen durch regelmäßige Spenden während der gesamten Ausbildungsdauer die Kosten der Ausbildung. Kirchenpräsident Dr. Volker Jung und der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier haben sich bereit erklärt, als Schirmherren der Kampagne zur Verfügung zu stehen.



Grußwort des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier:

Die Basis für einen guten Start ins Berufsleben ist eine gute Ausbildung. Unsere Wirtschaft – seien es Industriefirmen, Dienstleistungsunternehmen oder Handwerksbetriebe – braucht immer mehr gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn die Anforderungen an die Kenntnisse und Fähigkeiten steigen in nahezu allen Berufsfeldern. Deshalb ist es wichtig, gute Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Sie dienen der Wirtschaft wie jedem einzelnen jungen Menschen.

Dabei dürfen wir nicht verkennen, dass es manche schwerer haben als andere, den Übergang von der Schule in eine Ausbildung zu schaffen. Deshalb freue ich mich, dass es Einrichtungen wie die Jugendwerkstatt Gießen gibt, die hier ausgleichend und unterstützend wirken. Die Kampagne „Ausbildungspaten“ kann dazu beitragen, die Jugendwerkstatt ihrerseits zu stärken und so ihre Handlungsmöglichkeiten auszubauen. Deshalb habe ich gerne die Schirmherrschaft über die Kampagne übernommen. Ich danke allen, die sich daran beteiligen.

Volker Bouffier
Hessischer Ministerpräsident



Grußwort des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Pfarrer Dr. Volker Jung:

Kinder, die wir in der Kirche taufen, bekommen Paten. Sie haben die Aufgabe, Mädchen und Jungen in Glaubensfragen zu begleiten, ihnen aber auch Orientierung und Hilfe im Leben zu geben.

Die Jugendwerkstatt Gießen hat mit den Ausbildungspatenschaften ein wegweisendes Projekt gestartet, jungen Menschen eine berufliche Zukunft zu eröffnen. Die Paten sorgen mit ihrem Engagement dafür, dass Jugendliche eine Ausbildung abschließen können, die es sonst schwer mit einem Einstieg in das Berufsleben hätten. Lassen Sie sich von dieser Idee begeistern.

Unterstützen Sie das Projekt Ausbildungspatenschaften mit einer Spende oder werden Sie selbst Ausbildungspate. Ich wünsche den Ausbildungspatenschaften viel Erfolg und Gottes Segen.

Ihr

Dr. Volker Jung
Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau





„Bei uns gibt es mehr Hilfe und Unterstützung. Wir haben auch etwas mehr Geduld. Wir haben Meister und Pädagoginnen, die keine andere Aufgabe im Betrieb haben als die Ausbildung.“

Wolfgang Balsler

Manchmal sind Umwege nötig

Der Vorsitzende der Jugendwerkstatt Gießen Wolfgang Balsler über die Besonderheiten der Ausbildung

Was sind das für Jugendliche, die in der Jugendwerkstatt ausgebildet werden?

Wolfgang Balsler: Bei uns kommen nur die jungen Leute in Ausbildung, die nirgendwo anders einen Platz gefunden haben. Die Gründe dafür sind vielfältig, liegen aber zumeist in der Person selbst. Viele haben große Schwierigkeiten mit dem Lernen. Andere sind noch sehr unzuverlässig und übernehmen noch nicht genug Verantwortung für ihr eigenes Leben. Auch psychische Erkrankungen oder Störungen können der Grund sein, dass ein junger Mensch keinen Ausbildungsplatz findet.

Was ist anders bei der Jugendwerkstatt, warum können Sie die ausbilden, die sonst keiner nimmt?

Wolfgang Balsler: Als Erstes möchte ich sagen, dass das Entscheidende, nämlich das Ergebnis, die Prüfung, nicht anders ist. Der Weg dahin schon. Bei uns gibt es mehr Hilfe und Unterstützung. Wir haben auch etwas mehr Geduld. Wir haben Meister und Pädagoginnen, die keine andere Aufgabe im Betrieb haben als die Ausbildung. Sie können sich für jeden einzelnen Auszubildenden viel mehr Zeit nehmen. Aber das kostet eben auch deutlich mehr Geld.

Was kostet denn ein Ausbildungsplatz bei Ihnen?

Wolfgang Balsler: Am teuersten ist das Ausbildungspersonal. Für je 10 Auszubildende haben wir einen Meister und fast eine volle Pädagoginnenstelle. Dazu kommen Verwaltungskosten, Material- und Energiekosten. Die notwendigen Werkstätten, Schulungs- und Sozialräume kosten Geld und natürlich auch Maschinen und Geräte. Und eine Ausbildungsvergütung zahlen wir auch, allerdings etwas weniger als die Betriebe auf dem freien Markt. So kommen alles in allem gut 1.300 Euro pro Monat zusammen.

Da brauchen Sie ja sehr viele Ausbildungspaten für nur einen Platz. Lohnt sich denn der große Aufwand?

Wolfgang Balsler: Auch das große Meer besteht aus einzelnen Tropfen. Jeder ist wichtig und kein Tropfen geht verloren im Kreislauf der Natur. Und verlorengelassen darf auch kein einziger von unseren Jugendlichen. Es lohnt sich für jeden Einzelnen. Und jeder Einzelne, der bei uns die Ausbildung erfolgreich absolviert, ist einer mehr, dem die Welt ganz anders offen steht als ohne Ausbildung.

Ausbildungspatenschaften – Ein Netzwerk, das zum Sprungbrett wird

Interview mit Renate Betzel, Kampagne „Ausbildungspatenschaften“

Frau Betzel, Sie haben sich des Projektes „Ausbildungspatenschaften“ angenommen und sind dabei, es zu einer Kampagne zu entwickeln. Sie haben als Sekretärin der Geschäftsleitung doch sicherlich genug andere Aufgaben. Was hat Sie bewogen, sich für die Ausbildungspatenschaften zu engagieren und jetzt zusätzlich die Kampagne ehrenamtlich zusätzlich zu betreuen?

Renate Betzel: Ich selbst habe als junges Mädchen vor vielen Jahren ohne Probleme einen Ausbildungsplatz gefunden. Ich wurde gefördert und begleitet und konnte meinen Weg gehen. Mittlerweile haben meine Kinder eine gute Ausbildung und sind beruflich erfolgreich. Ich empfinde dafür große Dankbarkeit und möchte etwas an die abgeben, denen es nicht so gut geht.

Wie erleben Sie die Jugendlichen in der Jugendwerkstatt?

Renate Betzel: „Pflegeleicht“ sind unsere Jugendlichen nicht gerade. Da gibt es beinahe in jedem Moment ein neues Problem oder einen Konflikt. Zu zartbesaitet darf man nicht

sein, wenn man mit ihnen zu tun hat. Aber ich kann auch immer wieder ein wenig von dem erfahren, was man so einem „schwierigen“ Jugendlichen nicht ansieht: Die Schwierigkeiten und Probleme, die er oder sie schon durchgemacht hat – Unzuverlässigkeit, Verantwortungslosigkeit, Gewalt, Antriebslosigkeit und Gleichgültigkeit kommen nicht von allein. Die meisten unserer Jugendlichen haben das erst mal am eigenen Leib und an der eigenen Seele erleiden müssen.

Wie kann es gelingen, die Jugendlichen zum Lernen und zur Ausbildung zu motivieren?

Renate Betzel: Die jungen Leute, denen bisher noch niemand etwas zugetraut hat, brauchen Raum und Gelegenheit um zu entdecken, dass auch sie etwas können; dass ihnen andere zutrauen, etwas Schönes, etwas Sinnvolles, etwas Nützliches zu schaffen. Sie brauchen Erfolgserlebnisse. Das ist nicht einfach und erfordert viel Geduld und Kreativität. Unsere Fachleiter und Pädagogen haben dazu besondere Konzepte entwickelt. Sie müssen dennoch immer wieder mit Enttäuschungen fertig werden. Wichtig ist es, für jeden Einzelnen genau die passende Kombination von Anforderung und Ermutigung zu finden.

Gelingt das denn?

Renate Betzel: Nicht immer. Und es gibt auch keine Garantie. Bei manchen dauert es Jahre, bis das notwendige Vertrauen gewachsen ist und die alten Verhaltensmuster überwunden sind oder doch zumindest kontrolliert werden. Aber wenn das dann gelungen ist und wir in der Jugendwerkstatt die Prognose haben, jetzt könnte er oder sie die Ausbildung schaffen, und wenn es dann keinen Ausbildungsplatz gibt, das ist ganz bitter. Dass es auf dem freien Markt nicht klappt, kann man noch verstehen, weil natürlich noch nicht alle Probleme wirklich überwunden sind und deshalb die Anforderungen an einen Ausbildungsbetrieb sehr hoch sind. Aber warum dann keine öffentliche Förderung für die Ausbildung so eines Jugendlichen möglich ist – und das passiert immer öfter – das ist dann einfach unbegreiflich und schrecklich. Man sieht dann vor seinem geistigen Auge den ganzen bisherigen positiven Prozess wieder rückwärts laufen. Damit das nicht passiert, brauchen wir die Ausbildungspatenschaften und dafür engagiere ich mich gern.

Für Informationen zum Projekt „Ausbildungspatenschaften“ der Jugendwerkstatt Gießen steht Frau Betzel gerne zur Verfügung, Telefon: 0641 93100165, www.jugendwerkstatt-giessen.de



„Die jungen Leute, denen bisher noch niemand etwas zugetraut hat, brauchen Raum und Gelegenheit um zu entdecken, dass auch sie etwas können.“

Renate Betzel

Vier gute Gründe, eine Ausbildungspatenschaft zu übernehmen

1. Ich habe selbst eine Ausbildung absolvieren und meinen Platz im Leben finden können. Das ist nicht selbstverständlich. Meine Ausbildungspatenschaft soll auch ein Dank dafür sein.

2. Meine Kinder konnten eine Ausbildung machen und haben eine gute Basis für ihren weiteren beruflichen Lebensweg. Meine Verantwortung für die nächste Generation endet nicht bei meinen eigenen Kindern. Ich kann und möchte deshalb mit meiner Ausbildungspatenschaft auch für ein anderes „Kind“ Verantwortung übernehmen.

3. Ich brauche nicht all mein Geld für mich selbst. Ich kann und ich möchte teilen. Ich investiere mit meiner Ausbildungspatenschaft in die Zukunft eines jungen Menschen.

4. Mir ist es wichtig, genau zu wissen, was mit meiner Spende geschieht. Meine Ausbildungspatenschaft hilft einem ganz konkreten jungen Menschen. Ich kann mich darüber informieren, wie seine Ausbildung verläuft, und kann erfahren, was mein Geld bewirkt.



... direkt vor unserer Tür

Von der Existenz der Jugendwerkstatt erfuhren wir eher beiläufig aus einem Bericht in der Evangelischen Sonntagszeitung. Als wir dann noch einen Zeitungsbericht lasen über erfolgreiche Gesellenprüfungen von jungen Menschen, die in der Jugendwerkstatt eine qualifizierte Ausbildung erhalten hatten, entschlossen wir uns zu einer Patenschaft für Auszubildende.

Uns hat überzeugt, wie hier Jugendlichen, die erschwerte Startbedingungen haben, mit bewundernswertem

Engagement Brücken zum Beruf gebaut werden. Und: Man kann nach Gießen fahren und die Ausbildung vor Ort kennenlernen und sich ein Bild machen, was mit den Spendengeldern geschaffen wird.

Problemfelder gibt es nicht nur z. B. in der Dritten Welt; manche liegen direkt vor unserer Tür – man muss nur die Augen offen halten.

Erika und Heinz Reichardt

Langjährige Ausbildungspaten der Jugendwerkstatt



Zukunftsperspektiven mit Ausbildungspatenschaft

Zum Beispiel: P.

Schon P.s Schullaufbahn war nicht einfach. Durch seine besonders ausgeprägte Ängstlichkeit und Zurückhaltung konnte P. im Schulunterricht nicht mithalten. Er konnte nicht genug gefördert werden und kam mit 16 Jahren auf eine besondere Schule, in der es eine sonderpädagogische Förderung gibt. Er hat dort viel gelernt. Mit 19 Jahren hat er seinen Hauptschulabschluss nachgemacht, aber für eine Ausbildung in einem Betrieb ist P. noch immer zu ängstlich und zurückhaltend. Er hat dann im Metallbereich der Jugendwerkstatt ein Praktikum gemacht.

P. fand heraus, dass die Metallausbildung zum Teilezurichter seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht. In der geschützten Atmosphäre der Jugendwerkstatt würde er sich auch zutrauen, eine Ausbildung zu beginnen. Auch die Ausbilder waren der Meinung, dass er es in der Jugendwerkstatt schaffen könnte. Leider gab es kein Förderprogramm, durch das die Ausbildung von P. finanziert werden konnte. Deshalb setzen P. und die Jugendwerkstatt auf Ausbildungspaten und hoffen, genügend Unterstützung zu bekommen, damit P.s Ausbildung finanziert werden kann.

Zum Beispiel: S.

S. hat mit 17 Jahren die Realschule beendet. Trotz ihres Abschlusses fand sie keinen Ausbildungsplatz. Sie hat viele Bewerbungen geschrieben, war flexibel und interessierte sich für mehrere Berufe. Sie hat sich als Raumausstatterin, Bäckereiverkäuferin und Friseurin beworben. Nirgendwo fand S. einen Ausbildungsplatz. Nach beinahe zweieinhalb Jahren vergeblicher Suche kam sie in die Berufsvorbereitung der Jugendwerkstatt. In der Schreinerei gefiel es ihr am besten. Aber auch hier klappte es nicht mit der Ausbildungsplatzsuche auf dem freien Markt. Junge Frauen haben es eben in den „Männerberufen“ immer noch nicht leicht.

Aber eine Förderung für die Ausbildung von S. gab es auch nicht. Deshalb übernahm die Jugendwerkstatt sie nach mehr als 3 Jahren vergeblicher Suche in die Ausbildung ohne öffentliche Finanzierung. Die Kosten werden getragen durch Ausbildungspatenschaften. S. hat inzwischen die Zwischenprüfung absolviert und alles spricht dafür, dass sie einen guten Abschluss schafft.





Mehr leben – anders wirtschaften jetzt!

Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
auf der Landesgartenschau in Bad Nauheim

Vom 21. bis 27. Juni 2010 setzte das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung im Rahmen der LichtKirche auf der Landesgartenschau den inhaltlichen Akzent Klima und Klimaschutz.

Spielerische Angebote, Denksportaufgaben und Nerven- nahrung weckten die Neugier der Besucher und Besuche- rinnen. An einer Tafel hingen 49 kleine Blöcke, jeder mit einer Anregung zum Klimaschutz beschrieben. Sechs davon sollten sich die Besucher mitnehmen und in ihrem Alltag befolgen. Ein Bilderrätsel aktivierte die kleinen grauen Zellen, ein Wasserwürfel mit 1000 Liter Fassungs- vermögen machte anschaulich, wie viel Wasser für die Produktion von 1 Kilogramm Bananen notwendig ist. >







Wer nur kurz am Stand des Zentrums vorbeischlenderte, versorgte sich mit fair gehandelten Schokoladenstückchen und Postkarten. Wer ein bisschen mehr wissen wollte, konnte mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Zentrums diskutieren oder schriftliche Informationen mitnehmen. Besonders Lehrer und Lehrerinnen fanden Material für ihren Unterricht.

Die Mittagsandachten und der abendliche Reisesegen standen unter dem Motto „Mehr leben – anders wirtschaften jetzt“ und wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Zentrums gestaltet – mal mit, mal ohne musikalische Begleitung. Intellektuelle Anregungen, gemeinsames Singen und Beten spielten dabei ebenso eine Rolle wie die Aufforderung, das Gelände um die LichtKirche als „Barfußpfad“ zu nutzen: das Gras, die Sägespäne im Kirchenraum unter freiem Himmel, die Kieselsteine, einen Trog mit Wasser.

Unter einem „Regenbaum“ konnten sich Mitarbeitende und Besucher etwas abkühlen, um dann weiter die LichtKirche und das gesamte Gelände der Landesgartenschau zu erkunden.

Ein nicht geplanter Höhepunkt war eine spontan eingerichtete Übertragung des Fußball-WM-Spiels Deutschland gegen England. Über 100 Personen nahmen vor der kleinen Leinwand auf Stühlen und auf dem Rasen Platz und ließen sich von der Spielfreude insbesondere auch der deutschen Mannschaft begeistern. Der Reisesegen – eigentlich in der Halbzeitpause „angesetzt“ – fiel dementsprechend kurz aus: Ob „wir“ ins Endspiel kommen oder nicht, die Liebe Gottes überdauert auch diese Zeit.

Margit Befurt / Dr. Hubert Meisinger



Minus 25 Prozent CO₂ in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Runder Tisch entwickelt Integriertes Klimaschutzkonzept

Im Frühjahr 2009 beschloss die Synode der EKHN eine Einsparung von 25 Prozent CO₂ bis zum Jahr 2015 anzustreben. Diese Einsparungen sollen im Rahmen eines Integrierten Klimaschutzkonzeptes erreicht werden.

„Durch das Klimaschutzkonzept werden die vielen Einzelaktivitäten in der EKHN in einen Gesamtzusammenhang gestellt und die Bedeutung jedes einzelnen Beitrags wird sichtbar“, würdigte Kirchenpräsident Dr. Volker Jung das Engagement der Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen. Die Entwicklung des Konzeptes wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

„Viele Kirchen haben mittlerweile hervorragende Pilotprojekte im Bereich Umwelt- und Klimaschutz. Aber nun muss umwelt- und klimaschützendes Handeln in die alltägliche Praxis aller Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen Einzug halten. Dazu leistet das hier begonnene Projekt wertvolle Grundlagenarbeit“, begrüßte der Umweltbeauftragte des Rates der EKD, Prof. Dr. Hans Diefenbacher, den Beginn der Arbeit an diesem Projekt. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau ist damit die erste Landeskirche, die einen ganzheitlichen Ansatz zum Klimaschutz und zur Bewahrung der Schöpfung verfolgt.

Das Integrierte Klimaschutzkonzept soll erstmals nicht nur Einzeleffekte wie den Energieverbrauch von Heizungen in den Blick nehmen, sondern die Bereiche Liegenschaften, Beschaffung, Mobilität und Schöpfungstheologie / Bewusstseinsbildung und damit auch das individuelle Verhalten

von Mitarbeitenden sowie von Teilnehmenden bei Gottesdiensten und Veranstaltungen einbeziehen. Auch die bereits angestoßenen Maßnahmen zum Klimaschutz wie der Ökofonds, das Energiecontrolling, die Ökostrominitiative sollen auf ihre Wirksamkeit überprüft und entsprechend verbessert werden.

Auf der Basis des Konzeptes soll umweltbewusstes Handeln verstärkt Einzug in die alltägliche Praxis kirchlichen Handelns halten. Denn die 12.000 Gemeinden mit ihren 10.000 haupt-, weiteren 10.000 nebenamtlichen und 60.000 ehrenamtlichen Beschäftigten bieten ein erhebliches Potenzial zur Reduktion von CO₂.

Das Klimaschutzkonzept soll bis November 2011 vorliegen. Im ersten Schritt wird eine Energie- und CO₂-Bilanz für die Bereiche Immobilien, Mobilität und Beschaffung erstellt. Auf dieser Basis wird eine Potenzialanalyse zur Reduktion des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen durchgeführt. Darauf baut ein Maßnahmenkatalog auf, mit dem die vorgegebenen Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Ergänzend wird ein CO₂-Monitoring-Konzept erstellt.

Fachlich beraten wird der Runde Tisch der EKHN von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg, die bereits viel Erfahrung mit der CO₂-Reduzierung von Kirchen hat.

Nähere Informationen sind auf der Klimaseite der EKHN zu finden: www.ekhn.de/klima. Ein Besuch dort lohnt sich.

Dr. Hubert Meisinger



„Nun muss umwelt- und klimaschützendes Handeln in die alltägliche Praxis aller Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen Einzug halten. Dazu leistet das hier begonnene Projekt wertvolle Grundlagenarbeit.“

Prof. Dr. Hans Diefenbacher
Umweltbeauftragter des Rates der EKD



Solidarisch oder privat?

Das deutsche Krankenversicherungssystem entfernt sich von einer solidarischen Verteilung der Lasten

Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP hat sich mit der im September 2010 beschlossenen letzten Stufe der Gesundheitsreform weiter vom Prinzip der Solidarität in der Krankenversicherung entfernt. Dies kam nicht überraschend. Bereits im Koalitionsvertrag war die Ausweitung der „Beitragsautonomie“ für die Krankenkassen und die Fortführung der Entwicklung hin zu einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen angekündigt worden.

Entlastung von Arbeitskosten

Mit der Einführung einer einkommensunabhängigen Zusatzprämie soll u. a. die Belastung der Lohnkosten mit Sozialversicherungsbeiträgen reduziert werden. Die Koalition will grundsätzlich an den „eingefrorenen“ Arbeitgeberbeiträgen festhalten. Allerdings wird die Erhöhung des Beitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2011 von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent zum letzten Mal jeweils zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen.

Obwohl der Anteil der Lohnkosten im produzierenden Gewerbe teilweise deutlich unter 10 Prozent liegt, kann dies besonders im Dienstleistungsbereich zur Erhaltung von Arbeitsplätzen beitragen. Das Ziel, die Arbeitseinkommen bzw. Lohnkosten zu entlasten, könnte aber auch erreicht werden, wenn die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme von der ausschließlichen Bindung an die abhängigen Erwerbseinkommen gelöst würde. Mit der stärkeren Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit durch das Einbeziehen aller Einkunftsarten würde gleichzeitig eine gerechtere Verteilung der Belastungen durch allgemeine Lebensrisiken erreicht und Solidarität nicht nur innerhalb der Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. von personalintensiven Unternehmen verlangt.

Verteilung von Risiken

Ein weiteres im Koalitionsvertrag vereinbartes Ziel ist es, darauf hinzuwirken, dass „Beitrag und Leistung ... in einem adäquaten Verhältnis (zueinander) stehen“. Das kann bedeuten, dass Personen mit guter Gesundheit, die wenig Kosten verursachen, Tarife (z. B. mit höherer Selbstbeteiligung) wählen können, die ihre Beitragsbelastung senken, bzw. dass diese, ähnlich wie heute bei der Kfz-Versicherung, in niedrigere Risikoklassen eingestuft werden und deshalb geringere Beiträge zahlen. Chronisch Kranke und Personen mit allgemein schlechterer Gesundheit müssten

dagegen unabhängig von ihrem Einkommen deutlich höhere Kosten tragen.

Da die Koalition die privaten Krankenversicherungen auch zukünftig als alternative Vollversicherung beibehalten und sogar stärken will und gleichzeitig den Risikostrukturausgleich und die Verpflichtung zur Aufnahme von Versicherten in einen Basistarif für die Privatversicherer tendenziell eher begrenzen will, ist allerdings zu befürchten, dass dies die Entwicklung zur Konzentration „guter oder schlechter Risiken“ in bestimmten Kassen und damit zu einer Zweiklassen-Medizin beschleunigen wird.

Eine Bürgerversicherung würde wesentlich besser als das derzeitige System den Veränderungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen, wo seit Jahren eine sinkende Lohnquote bei einem gleichzeitig wachsenden Anteil der Einkommen aus Kapitalerträgen und Vermögen zu beobachten ist sowie eine Zunahme irregulärer Arbeitsverhältnisse und unterbrochener Erwerbsbiografien. Beides führt zu schwankenden und tendenziell nicht ausreichenden Einnahmen aus Beiträgen, die allein an abhängige Erwerbsarbeit bei unteren und mittleren Einkommen gebunden sind.

Fairer Ausgleich für Familien

Das Prinzip der Bürgerversicherung ist nicht nur auf das Gesundheitswesen anzuwenden, sondern ebenso, wie das positive Beispiel der Schweiz zeigt, auch auf die Rentenversicherung. Dabei muss besonders darauf geachtet werden, dass es zu einem gerechten Ausgleich zwischen denjenigen, die Kinder aufziehen, und denen, die das nicht tun, kommt. Dieser Aspekt wurde in keinem bisher von den Parteien vorgelegten Modell hinreichend berücksichtigt.

Bisher wird in Deutschland an der kostenlosen Mitversicherung für Kinder und Ehepartner ohne Erwerbseinkommen festgehalten. Die Erfahrungen mit einer weitgehend einkommensunabhängigen Krankenversicherung in der Schweiz zeigen allerdings, dass tendenziell Familien mit



mittlerem Einkommen und älteren Kindern (in Ausbildung oder Studium) überproportional belastet werden, wenn die Entwicklung weiter in Richtung einkommensunabhängiger Prämien vorangetrieben wird.

Öffentliche Information und Diskussion

Das ZGV hat 2010 gemeinsam mit dem DGB und katholischen Partnern und Partnerinnen in Darmstadt und Mainz zwei Veranstaltungen durchgeführt, in denen über diese Entwicklungen und Konzepte informiert und mit Fachleuten und Politikern diskutiert wurde.

Wichtige Impulse kamen dabei von Dr. Jürgen Borchert, Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Hessen, der sich seit Jahren für eine gerechtere Verteilung der Lasten in den sozialen Sicherungssystemen einsetzt und die entscheidenden Vorlagen z. B. für die Reform der Pflegeversicherung und die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Hartz-IV-Sätze einreichte. Diese wurden ergänzt durch Dr. Otto Piller, Vorsteher a. D. des Bundesamtes für Sozialversicherung, Schweiz, bzw. Dr. Rudolf Rechsteiner, zwei Experten aus der Schweiz, die ihre Erfahrungen mit dem dort praktizierten System der Kopfpauschale bei der Krankenversicherung und der „Bürgerversicherung“ bei der Rentenversicherung darstellten und mit den deutschen Reformen vergleichen konnten. Einige wichtige Ergebnisse dieser Debatten sollen hier kurz zusammengefasst werden:

1. Grundsätzlich ist das „Gut Gesundheit“ und der „Gesundheitsmarkt“ nicht vergleichbar mit anderen Märkten für Güter und Dienstleistungen. Allein schon deshalb, weil bei Gesundheitsleistungen die Nachfrage im Wesentlichen anbieterdeterminiert ist, d. h., dass überwiegend Ärzte und Ärztinnen über die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen entscheiden und nicht die Patienten bzw. die Versicherten selbst.

2. Trotz der älter werdenden Bevölkerung und den damit tendenziell steigenden Krankheitskosten ist Deutschland eines der reichsten und wirtschaftsstärksten Länder der Welt. Das Bruttoinlandsprodukt ist (mit Ausnahme des letzten Jahres) kontinuierlich gestiegen, aber der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Einkommen hat damit nicht Schritt gehalten. Diesem Problem ist nur durch die Einbeziehung aller Einkommensarten in die Finanzierung der Krankheitskosten zu begegnen. Außerdem sind selbstverständlich auch die Ausgaben

daraufhin zu überprüfen, wo Einsparmöglichkeiten sind, die nicht die Qualität der medizinischen Versorgung beeinträchtigen.

Dafür gibt es eine Fülle von kurzfristigen, aber vor allem auch von längerfristig wirksamen Möglichkeiten. Drei Punkte seien beispielhaft genannt:

- Es ist z. B. die Preisgestaltung für Medikamente zu prüfen, die von den Kassen bezahlt werden. Dies gilt vor allem dann, wenn das gleiche Medikament in Deutschland deutlich teurer ist als z. B. in Frankreich, Großbritannien oder den USA. Dass auch die forschenden Pharmaunternehmen zur Kostensenkung einen Beitrag leisten müssen, hat kürzlich z. B. auch Andreas Barner, der Firmensprecher des Pharmakonzerns Boehringer Ingelheim festgestellt. Er hat angeregt, bei der Beurteilung der Effizienz und Zweckmäßigkeit von Medikamenten auch deren Wirkung im Rahmen des gesamten Gesundheitssystems und im Zusammenspiel mit anderen Maßnahmen einzubeziehen.

- Längerfristig brauchen wir eine ganzheitliche Betrachtung, die bei der Beurteilung von Medikamenten und Therapien sowohl den einzelnen Patienten wie auch Umwelt- und Arbeitsbedingungen einbezieht. Insgesamt müssen die Leistungskataloge einer kritischen Überprüfung unterzogen werden, z. B. unter dem Aspekt, ob es nicht wirksamer und insgesamt preiswerter wäre, personenbezogene Leistungen von Ärzten und Pflegepersonal besser zu bezahlen und weniger Anreize für den Einsatz von teuren Geräten (die dann ausgelastet werden müssen) zu bieten. Auch ein stärkerer Akzent auf präventive Maßnahmen sowie eine größere Offenheit für sog. alternative Heilmethoden, Naturheilverfahren und die klassische Homöopathie könnte sowohl unter ökonomischen als auch unter psychosozialen Gesichtspunkten sinnvoll sein.

- Schließlich brauchen wir eine grundsätzliche Debatte darüber, wie wir heute Gesundheit und Krankheit verstehen und damit umgehen. Der technische Fortschritt und die häufig damit verbundene Illusion, dass „alles machbar“ ist, sowie die Ökonomisierung in diesem Bereich und das Betrachten des Gesundheitswesens vor allem als „Gesundheitsmarkt“ und als „Wachstums- und Beschäftigungsmotor“ haben den Blick dafür verstellt, dass Krankheit zu unserer Körperlichkeit und Endlichkeit und damit zu unserem Menschsein dazu gehört. Krankheit in Form von Beeinträchtigung der körperlichen und



Gesundheitsreform

Welche Änderungen gibt es?

Beitragserhöhung

Ab dem 1. Januar 2011 wird der allgemeine Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 14,9 Prozent des Bruttolohns auf 15,5 Prozent angehoben. Die Erhöhung von 0,6 Prozent wird zu gleichen Teilen vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen. Damit zahlen Arbeitnehmer und Rentner ab 1. Januar 2011 8,2 Prozent an ihre gesetzliche Krankenkasse.

Bezieher von Betriebsrenten tragen den vollen Beitragssatz von 15,5 Prozent. Das gilt auch für Selbstständige. Der Arbeitgeberbeitrag liegt ab 1. Januar 2011 bei 7,3 Prozent und wird dort eingefroren.

Nicht erwerbstätige Ehepartner und Kinder bleiben wie bisher kostenlos mitversichert und müssen auch keine Zusatzbeiträge entrichten.

Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenkassen

Die Möglichkeit, dass gesetzliche Krankenkassen einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag bis zu einem Höchstbetrag von 37,50 Euro erheben konnten, wurde zum 31. Dezember 2010 aufgehoben.

Ab 2011 ist der Zusatzbeitrag nicht mehr an das Einkommen der gesetzlich Versicherten gebunden, sondern muss für alle Mitglieder gleich sein. Einen Höchstbetrag gibt es dafür nicht mehr. Eine Überforderung einkommensschwacher Mitglieder soll durch einen steuerfinanzierten Sozialausgleich verhindert werden, der dann eintritt, wenn der durchschnittliche Zusatzbeitrag zwei Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen eines Mitglieds übersteigt.

Leichter Wechsel der Krankenkasse

Ab 2011 können Versicherte, deren Einkommen die Versicherungspflichtgrenze übersteigt, bereits nach einem Jahr in die private Krankenversicherung wechseln. Eine Rückkehr in die gesetzliche Krankenversicherung ist allerdings kaum möglich. Die privaten Versicherungen sind aber verpflichtet, einen Grundtarif anzubieten, der die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung abdeckt. Der Wechsel von einer gesetzlichen Krankenkasse oder Ersatzkasse in eine andere ist jeweils nach einem Jahr bzw. nach jeder Erhöhung der Zusatzbeiträge möglich.

Wahltarife

Auch die Mindestbindungsfrist für bestimmte Wahltarife verkürzt sich auf ein Jahr. Das Sonderkündigungsrecht bei Anpassung der Zusatzbeiträge gilt zukünftig auch für Mitglieder in Wahlтарifen.

Gesundheitskarte

Bis 2011 müssen die Krankenkassen zehn Prozent ihrer Versicherten mit der elektronischen Gesundheitskarte ausgestattet haben.

Nutzenbewertung von Arzneimitteln

Hersteller, die neue Medikamente auf den Markt bringen, müssen deren Zusatznutzen für die Patienten nachweisen. Nur dann werden auch höhere Kosten erstattet. Außerdem müssen Hersteller positive und negative Ergebnisse ihrer klinischen Studien zeitnah veröffentlichen. Entscheiden sich Versicherte gegen ein rabattiertes Medikament ihrer Krankenkasse und kaufen ein anderes gewünschtes Medikament selbst, muss die Krankenkasse künftig einen Teil der Kosten erstatten.

Quelle: www.vnr.de/b2c/gesundheitsreform-was-kommt-auf-die-versicherten-und-krankenkassen-zu.html und www.bundesgesundheitsministerium.de

geistigen Leistungsfähigkeit ist nicht nur als lästige, unerwünschte Einschränkung der ökonomischen Effizienz zu sehen, sondern vielfach als ein Signal dafür, dass in unserem Leben, in unserem sozialen Umfeld, in unseren Arbeitsbedingungen oder in unserer Umwelt etwas nicht in Ordnung ist. Ein humaner Umgang mit Krankheit und Einschränkung fragt auch danach, was Menschen krank macht. Eine Gesellschaft, für die Gesundheit ein hoher

Wert ist, muss sich insgesamt für Bedingungen einsetzen, die übermäßige Belastungen abbauen bzw. vermeiden und Leben in all seinen Ausprägungen schützen und zum Maßstab politischen und ökonomischen Handelns machen.

Dr. Brigitte Bertelmann

Europäisches Jahr gegen Armut und Ausgrenzung 2010

Kein neues, aber ein brennendes Thema

Armut und Ausgrenzung sind im ZGV keine neuen Themen. Selbstverständlich lag auch im Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung 2010 hier ein Schwerpunkt der Arbeit.

Am 09. Februar wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) verkündet, das sich mit der Frage befasst hatte, ob die Hartz-IV-Regelsätze verfassungsgemäß seien. In seinem Urteil machte das BVerfG keine Aussage zur absoluten Höhe der Hartz-IV-Regelsätze, stellte aber fest, dass ihre Berechnung nicht hinreichend transparent und nicht erkennbar auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Leistungsbezieher bezogen war. Insbesondere wurde kritisiert, dass die Regelsätze für Kinder und Jugendliche lediglich als Prozentsatz der Regelsätze für Erwachsene ermittelt wurden und nicht aufgrund der Berücksichtigung spezifischer Bedarfe von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Altersgruppen. Gravierend wirkt sich das durch eine völlig unzureichende Berücksichtigung von Bildungsausgaben aus. Besonders betonte das Gericht, dass bei der Berechnung der Regelsätze der Bedarf zugrunde gelegt werden muss, der für ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe erforderlich sei. Dies bedeutet für Kinder und Jugendliche auch, dass sie Zugang haben müssen zu außerschulischen Bildungsangeboten wie Musikunterricht und Aktivitäten in Sportvereinen.

Kirchen und Wohlfahrtsverbände halten ihre Forderung nach gerechten Teilhabechancen für alle Menschen aufrecht. Insbesondere betonten sie die Bedeutung gleicher Bildungs- und Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendlichen und fordern die dafür erforderlichen öffentlichen Mittel. Gleichzeitig wurden Stimmen laut, die vor den finanziellen Belastungen warnten, die mit einer deutlichen Anhebung der Regelsätze verbunden wären. Um haupt- oder ehrenamtlich in der Kirche engagierte Menschen dabei zu unterstützen, sich an der sich anschließenden öffentlichen Debatte kompetent zu beteiligen, erstellten das DWHN und die EKHN, vertreten durch das ZGV unter dem Titel „Armut verletzt die Würde des Menschen“ eine Broschüre mit Fakten und Argumenten gegen Armut in einem reichen Land. Sie stieß auch weit über die Grenzen der EKHN hinaus auf große Nachfrage. Im Vorwort schreiben der Kirchenpräsident der EKHN und der Vorstandsvorsitzende des DWHN:

„... In der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Problem der Armut in Politik und Medien werden häufig Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, in zynischer Weise diffamiert. Ihnen wird die persönliche Verantwortung für strukturelle und systembedingte Entwicklungen und Schwierigkeiten zugeschrieben und oft mangelnde Bereit-

schaft zu eigenem Engagement vorgeworfen. Auch in privaten Gesprächen, nicht nur an den sprichwörtlichen ‚Stammtischen‘, werden oft schnelle, diskriminierende Urteile gefällt über Menschen, die keine Arbeitsstelle (mehr) haben oder mit Erwerbsarbeit kein ausreichendes Einkommen erzielen können. So kann eine Kultur der Ausgrenzung entstehen, die dazu beiträgt, dass die Betroffenen sich immer stärker zurückziehen. Dass Arme in den Gemeinden wenig sichtbar sind, wie dies auch der Rat der EKD in seiner 2006 veröffentlichten Denkschrift ‚Gerechte Teilhabe‘ festgestellt hat, ist nicht zuletzt auf die begründete Angst vor Ausgrenzung ebenso wie auf die nach wie vor wirksamen, wenn auch unsichtbaren Milieugrenzen zurückzuführen. Haupt- und ehrenamtlich engagierte Menschen in der Kirche können viel dazu beitragen, wie mit dem Thema Armut und wie mit armen Menschen umgegangen wird. In den Einrichtungen der Diakonie sowie insbesondere in Gemeinden in sozialen Brennpunkten wird bereits viel zur Verbesserung der Lage der Ärmere getan. Insgesamt ist es aber nicht nur in diesem Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung eine bleibende Aufgabe von Christinnen und Christen, sich für gerechte Teilhabemöglichkeiten aller Menschen in unserem Land und darüber hinaus einzusetzen ...“

Das Dilemma der Tafeln

Dass neben anderen Trägern viele kirchliche und diakonische Einrichtungen und engagierte Einzelpersonen sich bemühen, etwas gegen Armut und Ausgrenzung zu tun, zeigt sich in der wachsenden Zahl von Tafeln, Kleiderkammern, Sozialkaufhäusern und ähnlichen armutslindernden Einrichtungen. Im Jahr 2010 gab es in Deutschland ca. 250 Sozialkaufhäuser und 860 Tafeln, die jede Woche ca. eine Million Menschen mit Lebensmitteln versorgten. Fast ein Viertel der Empfänger waren Kinder und Jugendliche. Die größte Gruppe allerdings sind Menschen im erwerbsfähigen Alter, die aus unterschiedlichen Gründen Anspruch auf volle oder ergänzende Hartz-IV-Leistungen haben und damit berechtigt sind, das Angebot der Tafeln zu nutzen. Dieses Angebot wird ermöglicht durch Zehntausende von Freiwilligen, die ihre Zeit und teilweise sogar eigene Fahrzeuge zur Verfügung stellen, um Lebensmittel von den Spendern abzuholen und zu verteilen. Der Lebensmittelüberfluss entsteht in unserer Wohlstandsgesellschaft systematisch, weil Einzelhändler im Wettbewerb miteinander ständig ein breites Sortiment bereithalten müssen, das 20 bis 40 Prozent über der zu erwartenden Nachfrage liegt. Kunden möchten die gewohnte Vielfalt und Auswahl vorfinden. Um



„... In der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Problem der Armut in Politik und Medien werden häufig Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, in zynischer Weise diffamiert.“

Aus dem Vorwort der Broschüre „Armut verletzt die Würde des Menschen“

die Tafeln herum hat sich eine eigene „Hartz-IV-Ökonomie“ entwickelt. Neben den Lebensmittelspenden gibt es auch andere Unterstützung von Unternehmen wie Kaufhof, Karstadt oder Daimler, die Fahrzeuge zur Verfügung stellen, und Gruner & Jahr, die kostenlose Anzeigen für Tafeln in ihre Publikationen aufnehmen. Die Metrogruppe hat Regale gespendet, Mc Kinsey hat einen Leitfaden für das Tafel-Management entwickelt, der in vielen Tafeln genutzt wird. Das mag in vielen Einzelfällen hilfreich und nützlich sein und fördert das positive Image der beteiligten Unternehmen. Es verfestigt aber auch eine Kultur der „Almosen für die wirklich Bedürftigen“ und trägt zu einer Gewöhnung an diese Einrichtungen bei, die dadurch nicht mehr nur eine vorübergehende Notlösung sind, sondern zu einem Wirtschaftsfaktor werden.

In vielen Dekanaten der EKHN, die 2010 das Thema Armut und Ausgrenzung erneut oder verstärkt auf die Tagesordnung gesetzt haben, ging es den Initiatoren vor allem darum, den Blick und das Bewusstsein dafür zu schärfen,

wie Armut und gleichzeitig wachsender Reichtum zusammenhängen und wo Ausgrenzung in unseren Gemeinden und Kommunen vorkommt. Auf der einen Seite steht der Wunsch, auch diejenigen am Überfluss (im wahrsten Sinne des Wortes) der Konsumgesellschaft teilhaben zu lassen, die an Vielem Mangel leiden. Auf der anderen Seite ist es den Aktiven durchaus klar, dass es das Ziel politischer und diakonischer Arbeit sein muss, solche Einrichtungen überflüssig zu machen.

Die Debatte um die Hartz-IV-Regelsätze war ein passender Anlass, die Ursachen und Folgen von Armut und Ausgrenzung in einer reichen Gesellschaft erneut in den Blick zu nehmen.

Arbeitslosigkeit und Niedriglohn als häufigste Armutsursache

Die häufigste Ursache von Armut ist Erwerbslosigkeit (Armutsgefährdungsquote 53 Prozent). Insbesondere bei Langzeitarbeitslosen im Hartz-IV-Bezug reichen die Hartz-IV-Regelsätze nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf zu decken. Dies gilt insbesondere für Familien mit mehreren Kindern, bei denen das Kindergeld auf deren Regelsatz angerechnet wird, und bei Menschen mit Sonderbedarfen wie beispielsweise Brillen oder Medikamente, die nicht verschreibungspflichtig, aber dennoch nötig sind. Auch die Annahme, dass außerplanmäßige Bedarfe wie der Ersatz eines kaputten Haushaltsgeräts durch Ansparen aus den Regelsätzen gedeckt werden könnte, erweist sich als völlig realitätsfremd.

Von diesen Belastungen betroffen sind auch Menschen, die trotz Erwerbsarbeit ergänzende Hartz-IV-Leistungen erhalten. Das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen stellt fest, dass in Deutschland ca. 6,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich arbeiten. 1,3 Millionen haben Anspruch auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen, 425.000 von ihnen trotz Vollzeit-Beschäftigung. Im EKD Text 102 heißt es: „Arbeit ist mehr als nur eine Ware und kann nicht nur der Logik von Warenmärkten unterliegen. ... Wert und Würde der menschlichen Arbeit realisieren sich in der Möglichkeit des Einzelnen, seine Gaben zu entfalten, aber auch in der Anerkennung und Würdigung der Arbeitsleistungen und schließlich in der gerechten Gestaltung der Arbeitsverhältnisse.“

Die EKD hat sich bisher nicht eindeutig für die Einführung eines bei Vollbeschäftigung existenzsichernden Mindestlohns ausgesprochen. Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden muss es aber darum gehen, die Abwärts Spirale durch eine weitere Ausweitung des Niedriglohnssektors entgegenzuwirken. Ein gesetzlicher Mindestlohn

wird das Problem der Armut trotz Arbeit allein nicht gänzlich lösen. Er wäre trotzdem ein wichtiges Signal für die grundsätzliche Wertschätzung von Arbeit und um dem Druck durch Lohndumping entgegenzutreten, der mit der endgültigen Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU noch verstärkt werden dürfte. Beides ist entscheidend für die gerechte Teilhabe und den Schutz der Würde der arbeitenden Menschen sowie für die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und Vermeidung von Altersarmut. Das schließt nicht aus, dass es auch weiterhin, insbesondere für kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Personen, die nicht (mehr) voll erwerbsfähig sind, ergänzende Transferleistungen geben muss. Hier ist auch zukünftig ein anwaltliches sowie politisches Engagement von Kirche und Diakonie im Diskurs mit Wirtschaft und Politik erforderlich.

Bildung als wichtige Voraussetzung für Armutsprävention

Neben der Deckung des materiellen Bedarfs lag ein besonderer Fokus dieser Debatte auf dem gerechten Zugang zu Bildung als wesentlicher Voraussetzung dafür, dass Kinder und Jugendliche den Teufelskreis von ererbter Armut durchbrechen können. Viele Kommunen und einige Länder wie z. B. Rheinland-Pfalz haben durch Maßnahmen wie den für alle Kinder kostenlosen Besuch des Kindergartens, Zuschüsse zum Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen, einmal jährlich geleistete Sonderzahlungen für Schulbedarf sowie den kostenlosen Zugang zu Sportvereinen bereits wichtige Schritte in diese Richtung getan. Entscheidend ist hier, dass es nicht bei kurzfristigen Modellprojekten bleibt, sondern dass solche Hilfen für Kinder aller Altersstufen und Familien zuverlässig zur Verfügung stehen und eingebunden sind in ein langfristiges, kontinuierliches Konzept von familienunterstützenden Leistungen. Dazu können auch lokale Bündnisse für Familien beitragen, die dieses Thema auf die Tagesordnung der Kommunen setzen. Das Mainzer Bündnis für Familie hat z. B. in der Stadt wesentliche Impulse für ein Armutsmonitoring gegeben und zur Entwicklung von Präventionsketten gegen Kinderarmut. Diese sollen bei frühen Hilfen für Familien ansetzen und durch eine niedrigschwellige Begleitung und Beratung von Eltern dazu beitragen, dass diese gemeinsam mit ihren Kindern Wege aus der Armut finden und nutzen können.

Schritte gegen Armut im Dekanat Mainz

Auch das Evangelische und das Katholische Dekanat Mainz haben 2010 die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung zu einem gemeinsamen Schwerpunktthema ihrer Arbeit gemacht. Aus der Erkenntnis, dass für die wirksame Bekämpfung von Armut ein langer Atem notwendig ist, haben die Dekanatssynoden beschlossen, einen gemeinsamen Prozess über sieben Jahre unter dem Titel „Schritte gegen Armut“ zu beginnen. In mehreren Regionalgruppen wurde die Aufmerksamkeit darauf gerichtet, wie Armut und die Gefahr von Ausgrenzung in den verschiedenen Stadtteilen sichtbar wird und welche Einrichtungen und Angebote sich bereits diesem Problem widmen. Das Ziel dieses Prozesses ist es vor allem, „Veränderungen in den Köpfen anzustoßen“ und stärker noch als bislang in den Gemeinden und über sie hinaus für die Wahrnehmung von Armut mit allen Folgeerscheinungen zu sensibilisieren.

Der Prozess in den Dekanaten ist gleichzeitig vernetzt mit den Aktivitäten der Kommune, um eine wirksame Ergänzung zu gewährleisten und unverbundene „Parallelstrukturen“ möglichst zu vermeiden. Nach dem ersten Jahr lässt sich ein mehrfaches Fazit ziehen:

- In einigen Stadtteilen, in denen überdurchschnittlich viele benachteiligte und von Armut bedrohte Menschen leben, gibt es in Kirchengemeinden in Kooperation mit anderen Einrichtungen Hilfsangebote, die überwiegend gut angenommen werden.
- In Stadtteilen, die keine Förderung aus Mitteln der Sozialen Stadt erhalten, fühlen sich die Kirchengemeinden teilweise überfordert, der Armut und den Problemen in den Familien allein mit ihren eigenen Mitteln und Einrichtungen (z. B. evangelische Kita) zu begegnen.
- Es erweist sich als recht schwierig, die Gemeinden in gemeinsame, solidarische Aktivitäten zur Armutsprävention und -bekämpfung einzubeziehen, in denen Armut weniger stark wahrgenommen wird. Ein Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung der Gemeinden im Dekanat für die von Armut und Ausgrenzung bedrohten oder betroffenen Menschen in Mainz muss noch wachsen.

Dies bestätigt, dass es richtig und sinnvoll war, den Prozess längerfristig anzulegen und insbesondere auch auf einen Bewusstseinswandel zu setzen und nicht nur auf einzelne praktische Hilfsangebote, so nötig und wichtig sie auch sein mögen.

Dr. Brigitte Bertelmann

Neue Werte oder auf ein Neues

Veranstaltungsreihe zu Alternativen in der Wirtschaftspolitik

Im ersten Jahr nach dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers konzentrierten sich die politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten darauf, die negativen Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise für Unternehmen und Arbeitskräfte in Grenzen zu halten. Dies gelang in Deutschland besser als in den meisten anderen Industrieländern. Neben den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung haben dazu vor allem das leistungsfähige soziale Sicherungssystem und die in zahlreichen Fällen sehr gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen Unternehmensleitung und Gewerkschaften bzw. Betriebsräten beigetragen.

Im Herbst 2008 hatte sich in Mainz ein Bündnis verschiedener kirchlicher Einrichtungen, Gewerkschaften, der Landesarbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung und attac in einer Podiumsveranstaltung mit den Ursachen und Folgen der Finanzkrise auseinandergesetzt und nach den Chancen zum Umdenken gefragt. Kaum ein Jahr später erlebten wir aber bereits eine deutliche Tendenz, zu „Business as usual“ zurückzukehren. Man atmete auf, stellte fest, dass wir „das Schlimmste überstanden hätten“ und nun daran gehen könnten, möglichst bald wieder dort anzuknüpfen, wo wir vor dem Ausbruch der Krise standen. Abgesehen von einigen Korrekturen an Symptomen also außer Spesen – in Form von hohen öffentlichen Ausgaben und damit Schulden – nichts gewesen?

Bei aller Erleichterung, dass sich die Untergangsszenarien, die beim Zusammenbruch von Lehman Brothers beschworen wurden, nicht realisiert hatten, beobachten viele diese Entwicklung mit erheblichem Unbehagen. Die Chance, die schwerste Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren auch zum Umdenken und für eine Neuorientierung von Politik und Wirtschaft zu verstehen, wurde nicht so genutzt wie erhofft.



Albrecht Müller, Gründer der „Nachdenkseiten“ und Autor des Buches „Meinungsmache: Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen“

Um ein grundsätzliches Umdenken und die Entwicklung neuer Leitbilder einzuleiten, ist zunächst eine kritische Bestandsaufnahme erforderlich und dann eine Deutung, die zu neuen Ansätzen auffordert und dafür Perspektiven eröffnet. Es kommt hier wesentlich darauf an, wer die Deutungshoheit gewinnt, welche Schlüsse gezogen und welche Ziele und Werte handlungsleitend werden.

Diese Debatte wollten wir mit der Veranstaltungsreihe „Alternativen in der Wirtschaftspolitik“ anstoßen und uns einmischen mit Impulsen, die den „Mainstream“ infrage stellen.

Medien als Meinungsmacher

Weil die Medien dabei eine maßgebende Rolle spielen und wir beobachten können, dass die Einflussnahme von Interessengruppen auf die Berichterstattung eine wesentliche Bedeutung hat, haben wir als ersten Referenten Albrecht Müller eingeladen, den Gründer der „Nachdenkseiten“ und Autor des Buches „Meinungsmache: Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen“. Die große Anzahl der Teilnehmenden, die zu seinem Vortrag kamen, war nicht nur ein Zeichen für die Aktualität und Brisanz des Themas, sondern auch ein anschauliches Beispiel dafür, wie wirksam von engagierten Personen und Gruppen die neuen Netzwerke und Kommunikationsplattformen genutzt werden können. Die Unterstützer und Aktiven der „Nachdenkseiten“ hatten die Veranstaltung



weit über unsere sonstigen Verteiler hinaus bekannt gemacht. Abgesehen davon, dass wir uns über diese unerwartet große Resonanz gefreut haben, gab diese Erfahrung auch Anlass, über die noch ungenutzten Möglichkeiten aber auch die Risiken dieser neuen Medien und Kommunikationsformen für unsere eigene Arbeit nachzudenken.

Kooperation statt Konkurrenz

Um „Neue Werte für die Wirtschaft“ ging es an dem Abend mit Christian Felber. Durch seine wissenschaftliche und publizistische Arbeit zieht sich das Leitbild „Kooperation statt Konkurrenz“. Er geht davon aus, dass sich die meisten Menschen wohler fühlen in einer Gesellschaft und in Arbeitsbedingungen, die weniger von Wettbewerb und Ausgrenzung geprägt sind als vielmehr von dem kooperativen Streben nach gemeinsamen Zielen. Er plädiert für eine grundsätzliche Neuorientierung in zentralen gesellschaftlichen Bereichen hin zu einer gemeinwohlorientierten und auf Kooperation basierenden Wirtschaft. Das bedeutet aus seiner Sicht vor allem,



dass politische Institutionen und Verfahren sowie die Unternehmen, die zur Daseinsvorsorge gebraucht werden (Grundversorgungsunternehmen für Energie, Wasser, öffentliche Verkehrsmittel), konsequent demokratisiert werden müssen. Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise schlug Felber die Gründung einer „demokratischen Bankenholding“ vor, in die Banken überführt werden, die als „too big to fail“ eingestuft werden, aber 2010 immer noch staatliche Hilfe brauchten. Gerne zitiert er in diesem Kontext James Galbraith:

Wenn ein demokratisches Gemeinwesen zu dem Schluss komme, dass eine Bank „unersetzlich“ sei, „dann wird es höchste Zeit, diese Bank für die Allgemeinheit arbeiten zu lassen und nicht die Allgemeinheit für diese Bank“. Auch für Produktions-, Dienstleistungs-, Handels- und Versorgungsunternehmen beschreibt Felber eine Fülle von bereits praktisch erprobten „alternativen Betrieben“, die erfolgreich gemäß dem Leitbild von Kooperation, Selbstbestimmung und ökologischer Verantwortung arbeiten. Dazu gehören beispielsweise Erzeuger/-innen – Verbraucher/-innen – Initiativen, Ethikbanken, Kreditgenossenschaften, genossenschaftlich organisierte Ökostromproduzenten, alternative Wohnprojekte, komplementärmedizinische Praxen. Viele dieser Betriebe haben klein angefangen, sich aber teilweise erfolgreich etabliert und bilden in ihren Netzwerken die Basis für die weitere Entwicklung ähnlicher Projekte. Allein dadurch, dass immer mehr Menschen gute Erfahrungen mit diesen Arbeits-, Produktions- und Konsummöglichkeiten machen, kann sich das Leitbild einer solidarischen Ökonomie verbreiten und durchsetzen.

Neue Leitbilder für wirtschaftliches Handeln

Abgeschlossen wurde die Reihe mit einer Fachtagung unter dem Titel „Neue politische Leitbilder für ein zukunftsfähiges Deutschland“. Für diese ganztägige Veranstaltung konnten wir nicht nur Wolfgang Sachs als Hauptreferenten gewinnen, sondern außerdem eine Reihe ausgewiesener Experten, die in Workshops konkrete Alternativen vorstellten und mit den Teilnehmenden diskutierten. Als Herausgeber und Mitautor der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ ging Wolfgang Sachs in seinem Vortrag der Frage nach Leitbildern und Bedingungen für eine sozial und ökologisch gerechte und damit zukunftsfähige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft nach.



Wolfgang Sachs, Mitautor der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“



In den Arbeitsgruppen ging es um folgende Themen:

- Neue Ausrichtung der Finanzmärkte
- Ökologie und Armut
- Zukunft für gute Arbeit
- Neue Strukturen und Governanceregeln für die internationale Zusammenarbeit

Am Beispiel der GLS Bank stellte Vorstandsmitglied Andreas Neukirch dar, wie eine Bank mit hoher Transparenz und hohen ethischen Standards erfolgreich arbeiten und über Jahre wachsen kann. Es gelang ihm dabei auch, den teilnehmenden Oberstufenschülerinnen und -schülern, die als Leistungskurs mit ihrem Lehrer an der Tagung teilnahmen, die komplizierten Ursachen und Folgen der Finanzkrise verständlich zu erklären.

Maren Heincke erläuterte die Folgen von Biopatenten und dem Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut, das internationalen Unternehmen mit erheblicher Marktmacht wie z. B. Monsanto einen enormen Einfluss auf die Landwirtschaft nicht nur in den USA und Kanada, sondern auch in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern bringt. Dies bedeutet nicht nur für Kleinbauern in diesen Ländern oft eine existenzgefährdende Abhängigkeit, sondern gleichzeitig eine Gefahr für die Biodiversität (nicht nur bei Saatgut). Darüber hinaus stellt die im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise massiv zunehmende Spekulation mit Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen eine Bedrohung für die Versorgung der Bevölkerung in ärmeren Ländern dar. Es ist zu befürchten, dass diese Entwicklung mittel- und längerfristig durch den Landkauf (Land Grabbing) finanzstarker Investoren in armen Ländern noch verstärkt wird.

Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise, die mit erheblichen Einbrüchen auf den internationalen Arbeitsmärkten einherging, gerieten die Voraussetzungen für Gute Arbeit, wie sie in Deutschland von den Gewerkschaften gefordert werden, international ebenso von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), zeitweise aus dem Blick. Ingo Pätzold machte deutlich wie wichtig für Arbeitgeber und Arbeitnehmer funktionierende, qualifizierte Betriebsräte und leistungsfähige soziale Sicherungssysteme sind, die Instrumente und Verfahren bieten, die es gerade in Krisenzeiten ermöglichen, Fachkräfte in den Unternehmen zu halten. Die Tatsache, dass gleich zu Beginn der Krise Tausende von Zeitarbeitskräften ihre Arbeitsplätze verloren, machte gleichzeitig die Schattenseiten und den hohen Preis der Flexibilität für die Unternehmen deutlich, den im wesentlichen die prekär Beschäftigten sowie die Beitrags- und Steuerzahler zu tragen haben.

Dass die Ursachen der Finanzkrise nicht allein aber zu einem erheblichen Teil in der hohen internationalen Verflechtung und Intransparenz auf den Finanzmärkten liegen, verbunden mit unzureichenden international durchsetzbaren Kontrollen und Regulierungsinstanzen, denen die institutionellen und juristischen Voraussetzungen fehlen, um mögliche Sanktionen durchzusetzen, wurde vielfach beschrieben. Peter Wahl stellte die hohe Bedeutung solcher internationaler Governancestructuren dar, die sowohl durch die Stärkung bereits bestehender Einrichtungen wie der UN oder von Internationalen NGOs entwickelt werden können. Wichtig für deren breite Akzeptanz und längerfristige Funktionsfähigkeit ist dabei vor allem, dass neue Regeln und Strukturen nicht allein von den großen Industrieländern dominiert und für ihre Interessen genutzt werden, sondern dass auch die Entwicklungs- und Schwellenländer hier eine angemessene Stimme erhalten. Durch die Erweiterung der G-8 auf G-20 bei der Krisenbekämpfung wurde ein erster, aber noch nicht ausreichender Schritt in diese Richtung getan.

Zukünftig wird es vor allem darauf ankommen, die Sicherung und den Schutz sowohl von natürlichen Ressourcen wie von stabilen, funktionsfähigen Finanzmärkten als gemeinsame Verantwortung und als globale Gemeingüter zu verstehen, für deren Nutzung und Erhaltung demokratisch entwickelte Regeln und gleiche Zugangsrechte für alle entwickelt und gewährleistet werden müssen. Die Sicherung und Stärkung von Teilhabe und sozioökologischer Gerechtigkeit haben sowohl eine nationale wie auch eine internationale Dimension, die miteinander in enger Verbindung stehen und bei wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen immer mitgedacht werden müssen.

Dr. Brigitte Bertelmann



Der Mensch steht im Mittelpunkt

Betriebsbesuch beim Windkraftanlagenhersteller im Westerwald

„Friendly energie“ ist das Konzept, das Joachim Fuhrländer, Vorstandsvorsitzender der Fuhrländer AG, sich als Unternehmensphilosophie nicht nur auf die (Wind)fahnen bzw. -räder geschrieben hat, sondern auch in seinem Betrieb vorlebt. Davon konnten sich 20 Besucherinnen und Besucher aus Südhessen am 08. September 2010 bei einem Betriebsbesuch in Liebenscheid, organisiert vom Dekanat Bad Marienberg und vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, überzeugen.

Menschen begleiten, fördern und zu Freunden werden lassen, ist der Antrieb des Unternehmens, das mittlerweile weltweit expandiert. Ziel ist es, so Joachim Fuhrländer, nicht nur Windkraftanlagen zu exportieren, sondern auch zukunftsweisende Akzente zu setzen. Die Fuhrländer AG unterstützt beispielsweise in Brasilien Straßenkinder und baut dort eine Lehr- und Lebensschule auf.

Trotz der weltweiten Geschäfte spielt die Förderung der Region eine zentrale Rolle. Das Unternehmen will im Wes-

terwald nicht nur Produktionsstätten hochziehen, sondern die regionale Entwicklung durch Ausbildung und kulturelle Angebote stärken.

In der Ausbildung von jungen Menschen geht die Fuhrländer AG andere Wege. „Was möchtest du werden?“ Mit dieser Frage begrüßt die Ausbildungsleiterin Jennifer Sawitzki die Praktikantinnen und Praktikanten im Unternehmen. Nicht Schulnoten sind entscheidend, sondern der Wunsch und die Motivation, sich einzubringen. Nicht die Frage „kannst du das?“ steht bei Fuhrländer im Vordergrund, sondern die Frage „was willst du und wie können wir für dich den passenden Ausbildungsberuf finden?“. Das Bemühen der Firma wird sichtbar an der hohen Ausbildungszahl: Von 500 Mitarbeitern im Stammwerk Liebenscheid sind 160 Auszubildende.

„Solche Unternehmen sollten Schule machen“, so das Fazit der Besucherinnen und Besucher aus Südhessen.

Heike Mieke



Joachim Fuhrländer, Vorstandsvorsitzender der Fuhrländer AG



„Ich habe im Freundes- und Familienkreis schon viel von diesem beeindruckenden Besuch erzählt. Die von der Firma Fuhrländer betriebene zukunftsorientierte Auswahl und Ausbildung junger Menschen in verschiedenen Berufsbildern sollte vielen anderen Unternehmen als Vorbild dienen. Hier spielen nicht die guten Schulnoten bei der Vergabe der Ausbildungsplätze die entscheidende Rolle. Die wahren Kriterien für eine erfolgreiche Auswahl und Berufsausbildung sind Begeisterung, Freundlichkeit und im Praktikum gezeigte Talente.“

Günther Eckert, Babenhausen



Für jede Schraube das passende Werkzeug



„Im Zuge der Diskussion um erneuerbare Energien zur Stromgewinnung waren wir gespannt auf den Betriebsbesuch bei der Fuhrländer AG. Beim Rundgang durch die äußerst gepflegten Hallen beeindruckte uns besonders

die Größe der Einzelbauteile der Windkraftanlage. Aber nicht nur das Technische hat uns überzeugt, sondern auch der soziale Aspekt: Die Firma Fuhrländer versucht, in einer strukturschwächeren Region mit ihrem fundierten Ausbildungskonzept gerade junge Leute an die Region zu binden, indem sie ihnen eine berufliche Perspektive gibt. Wie wir gehört haben, werden bei lernschwächeren Auszubildenden individuelle Programme und Prüfungsmethoden entwickelt, damit diese jungen Menschen eine Berufsausbildung abschließen und dann in den Betrieb integriert werden können. Alle Auszubildenden werden nach Abschluss ihrer Ausbildung übernommen. Diese gesellschaftliche Verantwortung für junge Menschen war für uns noch erfreulicher und wichtiger als der technische Aspekt des Betriebsbesuchs.“

Dres. Elke und Hans Hausberg, Odenwald





Schließung der Darmstädter Druckerei sorgt für Wirbel

Evangelische Dekanate in Südhessen setzen sich für den Erhalt von tarifgebundenen Arbeitsplätzen ein

Dass Betriebe an einer Stelle schließen und an einer anderen Stelle mit neuen Mitarbeitern wieder eröffnen, hat 2010 die Gemüter erhitzt. Schlecker mit den XXL-Märkten ging als Negativbeispiel durch die Presse.

Eine ähnliche Empörung löste die Schließung der in Darmstadt alt eingesessenen Druckerei des Darmstädter Echos aus. Als der Geschäftsführer der Druckerei Dr. Hans-Peter Bach seinen 130 Mitarbeitern kündigte, war dies eine Nachricht mit großer Tragweite für die Betroffenen.

Dr. Hans-Peter Bach ist seit 2009 auch Präsident der Industrie- und Handelskammer Darmstadt. Damit hat seine Entscheidung eine besondere Signalwirkung auch in die Region. Diese Situation war für die evangelischen Dekanate Anlass, Gespräche mit dem Betriebsrat und der Geschäftsführung aufzunehmen.

Zum Hintergrund

Die Schließung der Druckerei in Darmstadt und die Kündigung von 130 Mitarbeitern wurde wegen des Baus des neuen Druckzentrums Rhein-Main in Rüsselsheim beschlossen. Zusammen mit der Verlagsgruppe Rhein-Main aus Mainz entstand ein gemeinsames Druckzentrum, das im November 2010 mit einer weitgehend neuen Belegschaft und ohne Tarifbindung in Betrieb ging.

Den alten Mitarbeitern, die zum Teil schon über 20 Jahre beschäftigt waren, wurde keine Übernahme angeboten. Sie mussten sich zu schlechteren Bedingungen in der neuen Druckerei neu bewerben.

Nötig wurde der Neubau aufgrund von Investitionen in neue Druckmaschinen. Die Alternative wäre gewesen, Druckaufträge zukünftig an Fremdfirmen zu vergeben, so Dr. Hans-Peter Bach.

Zunächst begrüßte der Betriebsrat den Neubau in der Annahme, die alten Mitarbeiter würden übernommen. Als sich das als Irrtum herausstellte, konnte nach zähen Verhandlungen nur noch ein Sozialplan ausgehandelt werden.

Für die neue Belegschaft in Rüsselsheim, so der Betriebsrat, fallen beispielsweise Zuschläge für Schichtarbeit deutlich niedriger aus. Auch wenn der Grundlohn fast gleich ist, kann es bei Einzelnen zu Gehaltseinbußen von bis zu 40 Prozent kommen. Zudem gilt der Samstag als Regelarbeitszeit, so dass auch dafür kein Zuschlag gezahlt werden muss.

Die Beweggründe, warum Unternehmen aus dem Tarifvertrag aussteigen, können sehr unterschiedlich sein. Im Druckgewerbe gelten Verträge aus den 80er-Jahren. Sie legen immer noch fest, wie viele Arbeitsplätze pro Maschinentyp einzuhalten sind, obwohl es die Maschinen gar nicht mehr gibt.

Dennoch formulierten alle evangelischen Dekanate in Südhessen erstmals gemeinsam eine öffentliche Stellungnahme, in der sie an die ehemaligen Tarifvertragsparteien appellierten, sich für Tarifverträge stark zu machen. Denn sie sind der Überzeugung, dass Lohnverhandlungen in die Hände und Verantwortung von Tarifvertragsparteien gehören. Das System hat jahrelang gut funktioniert und wesentlich zum sozialen Frieden in unserer Gesellschaft beigetragen. Und es garantiert, dass Menschen auch von ihrem Einkommen ein Auskommen haben, so die evangelischen Kirchenvertreter.

Nicht unbegründet ist darüber hinaus die Vermutung, dass Druckereien aus dem Frankfurter Raum nun gezwungen sein werden, ihre Mitarbeiter unter Tarif zu bezahlen, um keine Wettbewerbsnachteile zu erleiden. Das nehmen die Dekanatsvertreter mit Sorge zur Kenntnis.

Heike Mieke



V.l.n.r.: Dr. Hans-Peter Bach, Geschäftsführer Medienhaus Südhausen; Dekan Norbert Mander, Darmstadt, und Jürgen Planert, DGB Südhausen

„Den Zeiträubern müssen Grenzen gesetzt werden“

Allianz für den freien Sonntag in Rheinland-Pfalz und Hessen gegründet



„Der Sonntag ist kein Tag wie jeder andere. Seine Bedeutung drückt sich in seiner Beständigkeit für die individuelle Lebensgestaltung der Menschen aus. Seit 4.000 Jahren prägt die Sieben-Tage-Woche den Lebensrhythmus vieler Völker. Dieser Rhythmus vermittelt den Menschen und den Gemeinschaften eine hilfreiche Beständigkeit. Der Sonntag ist eine frühe soziale Errungenschaft und auch heute als Tag der Ruhe, der Gemeinschaft, der Befreiung von Sachzwängen, Fremdbestimmung und Zeitdruck unverzichtbar.“ (Grundsatzerklärung der Bundesallianz für den freien Sonntag.)

In Deutschland wurde bereits 2006 eine „Allianz für den freien Sonntag“ von katholischen und evangelischen Organisationen sowie der Gewerkschaft ver.di gegründet. Verschiedene Gründungen auf Länderebene folgten wie beispielsweise in Bayern, Baden-Württemberg, Saarland und Nordrhein-Westfalen.

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau wurde unter Federführung des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) Gründungsmitglied der Allianzen in Rheinland-Pfalz und Hessen.

Die Allianzen definieren sich als Netzwerke, die sich für den Erhalt und die Wertschätzung des freien Sonntags einsetzen.

Die Sonntagsallianz in Rheinland-Pfalz

Bei der Gründungsveranstaltung am 18. September 2010 in Mainz sprachen sich die Gründungsmitglieder gegen zusätzliche Ausnahmen bei den Ladenöffnungszeiten aus. „Der freie Sonntag ist ein Qualitätsmerkmal einer freien Gesellschaft“, sagte Pfarrer Peter Mörbel vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) im Rheinland. „Die Sonntagsruhe ist notwendig, damit Familien gemeinsam Zeit miteinander verbringen könnten.“

Bereits das derzeitige rheinland-pfälzische Ladenöffnungsgesetz, das unter anderem vier verkaufsoffene Sonntage pro Kommune und Jahr ermöglicht, sei vermutlich verfassungswidrig, so Siegfried Schwarzer vom ZGV. Längere Öffnungszeiten seien weder im Interesse kleinerer Einzelhandelsunternehmen noch der Beschäftigten.

Die Allianz in Hessen

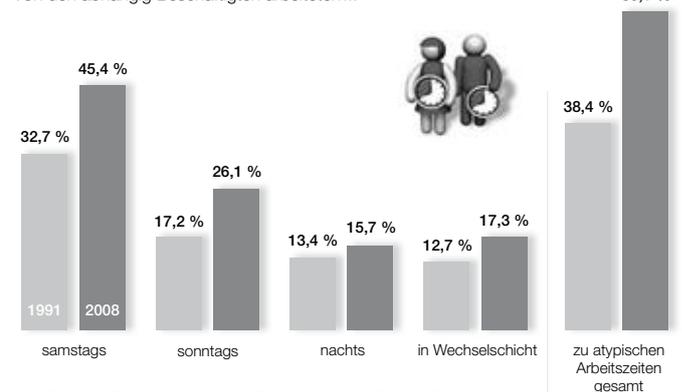
„Gemeinsam ist uns die Sorge, dass der verfassungsrechtlich gewährte Schutz des Sonntags durch immer mehr Ausnahmen ausgehöhlt wird. Wir möchten aber, dass der Sonntag für die Menschen als Insel der Ruhe erhalten bleibt“, so der Kirchenpräsident der Ev. Kirche in Hessen und Nassau Dr. Volker Jung in seinem Grußwort anlässlich der Gründung der Hessischen Sonntagsallianz am 20. November 2010 in Hofheim am Taunus.

Zu den Gründern gehören die beiden evangelischen Kirchen in Hessen, zahlreiche Verbände der katholischen Kirche sowie Gewerkschaften.

Immer mehr Menschen arbeiten sonntags und das nicht nur in gesellschaftlich notwendigen Bereichen wie beispielsweise in Krankenhäusern oder bei der Feuerwehr. Während 1991 noch 17 Prozent der abhängig Beschäftigten sonntags arbeiteten, waren es 2008 bereits 26 Prozent.

Normale Zeiten nicht die Regel

Von den abhängig Beschäftigten arbeiteten ...



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen WSI 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

Ermöglicht wird die Sonntagsarbeit durch das Hessische Ladenöffnungsgesetz. Es erlaubt den Kommunen, an bis zu vier Sonntagen jährlich die Geschäfte zu öffnen. Der Sozialethiker Prof. Dr. Franz Segbers von der Universität Marburg sieht darin einen klaren Verstoß gegen die Hessische Verfassung. Sie sieht vor, dass Sonn- und Feiertage arbeitsfrei sind. Nach seiner Auffassung reicht es nicht, sich allein auf

Der verlorene Kampf um die Zeit – ein Rückblick

Sie erinnern sich noch an die legendäre Kampagne der IG Metall Anfang der 60er-Jahre mit dem Motto „Samstag gehört Vati mir“. Zug um Zug wurde die Wochenarbeitszeit verkürzt. Dann erschien 1982 wiederum die IG Metall mit einer aufgehenden Sonne hinter der 35-Stunden-Woche.

Und jetzt? Jetzt beträgt die reale Arbeitszeit für männliche Arbeitnehmer 42,7 Stunden, wieder genauso viel wie zu Beginn des Kampfes um die 35 Wochenstunden. ... Der Samstag, der einzige freie Tag, den die Gewerkschaften durchgesetzt hatten, ist weit hin längst zum ganz normalen Arbeitstag ohne Sonderzuschläge geworden.

Dabei ist der Samstag eine Errungenschaft der Arbeitsgesellschaft. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie wir in den 90er-Jahren gewarnt haben: „Wenn Kirchen und Gewerkschaften nicht gemeinsam für den

Erhalt des Samstags und des Sonntags kämpfen, werden sie am Ende beide als Verlierer dastehen. Denn die, die zunächst den Druck auf den Samstag ausgeübt haben, werden, nachdem sie den Samstag haben, keine Ruhe geben.“ Das sehen wir jetzt.

Der legendäre „Leber-Kompromiss“ 1984 hatte den Sonnabend gleitend in die Regelarbeitszeit einbezogen. Dann verlangten die Unternehmen nach 1987, den gesetzlichen Sonntagschutz zu lockern. Ihrem Drängen hat die Regierung 1994 mit dem Arbeitszeitgesetz nachgegeben. Große öffentliche Aufmerksamkeit hat die im Jahr 1996 erfolgte Regelung über Herstellung und Verkauf von Brötchen am Sonntag gefunden.

Die letzte gesetzliche Regelung zum Ladenschluss auf der Ebene des Bundes erfolgte 2003. Anlässlich von

Märkten, Messen und ähnlichen Veranstaltungen wurden dabei vier verkaufsoffene Sonn- und Feiertage pro Jahr zugelassen. Die Verkaufszeit durfte fünf Stunden nicht überschreiten und musste um 18.00 Uhr beendet sein. Sehr viel Konfliktstoff und Ärger ergab sich aus der Zulassung von Sonderregelungen für Geschäfte in Bahnhöfen, Flughäfen und in bestimmten Urlaubsregionen. Die einschneidendste Änderung der Gesetzeslage geschah 2006, als der Bundestag bei der Föderalismusreform die Gesetzgebungskompetenz in Sachen Ladenschluss an die Länder übertragen hat. Ladenschluss wurde dadurch zur Ländersache. ... Die Arbeitgeber geben im wahrsten Sinn des Wortes keine Ruhe.

Auszüge aus dem Vortrag „Wem gehört die Zeit“ von Prof. Dr. Franz Segbers, gehalten am 20. November 2010 in Hofheim am Taunus

den Schutz des Sonntags zu beschränken. Vielmehr müsse die Allianz für den freien Sonntag ebenso die ausgeweiteten Arbeitszeiten unter der Woche in den Blick nehmen. Dafür spricht auch eine Untersuchung des Hessischen Sozialministeriums. Sie zeigt, dass mit der Ausweitung der Ladenöffnungszeiten die Verstöße gegen Arbeitsschutzgesetze gestiegen sind. Bernhard Schiederig, Fachbereichsleiter Einzelhandel bei ver.di Hessen erfährt diesen Trend täglich: „Immer häufiger werden Höchstarbeitszeiten überschritten und immer seltener werden Ruhezeiten eingehalten.“ Ein Grund mehr, wie Segbers fordert, „den Zeiträubern eine Grenze zu setzen“.

Der Arbeitswissenschaftler Prof. Dr. Friedhelm Nachreiner von der Gesellschaft für arbeits-, wirtschafts- und organisationspsychologische Forschung in Oldenburg und sachverständiger Gutachter der EU-Kommission erforschte den Wert und die Notwendigkeit des Sonntags aus einem anderen Blickwinkel. In seinen Untersuchungen kommt er zu dem Ergebnis, dass Sonntagsarbeit ein höheres Risiko sowohl für die Gesundheit wie auch für die Arbeitssicherheit birgt. Der Erholungswert eines freien Tages in der Woche ist geringer als der an einem Sonntag. Aus seiner Sicht ist es unerlässlich, den Sonntag arbeitsfrei zu halten.

Das nächste Ziel der hessischen Allianz ist die Anregung der öffentlichen Diskussion über menschengerechte Arbeits- und Öffnungszeiten. Diese ist von besonderer Bedeutung,



weil das Hessische Ladenöffnungsgesetz Ende 2011 ausläuft. Die Mitglieder der Allianz werden sich mit Stellungnahmen an der Debatte beteiligen.

Die Allianzen in Rheinland-Pfalz und Hessen freuen sich auf Unterstützung. Weitere Informationen sind unter den Internetadressen www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de und www.sonntagsallianz-hessen.de zu finden.

Marion Schick / Siegfried Schwarzer

Auszüge aus der Debatte im Rahmen der Gründungsveranstaltung der Sonntagsallianz Hessen



Die Auszeit gibt Kraft für die neue Woche

„... Wir aber möchten, dass der Sonntag für die Menschen als Insel der Ruhe erhalten bleibt. Der arbeitsfreie Tag ist ein wichtiges Gut, das die jüdisch-christliche Tradition in unsere Kultur eingebracht hat. Der Sonntag gibt der Woche einen Rhythmus und stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Er dient der Schöpfung und nicht der Wertschöpfung. Die Auszeit gibt Kraft für die neue Woche. Gerade in einer Gesellschaft, die stark von der Pluralisierung und Individualisierung geprägt ist, werden gemeinsame Ruhepunkte immer wichtiger. Am Sonntag können Menschen aus unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen Zeit miteinander verbringen. Das ist für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig. Die Erfahrung von Gemeinschaft in der Familie, bei Krankenbesuchen, bei Aktivitäten in Vereinen, bei Dorf- und Stadtteilstesten oder bei gemeinsamen Unternehmungen in der Natur kann als Ausdruck von Gottes gutem Schöpferwillen verstanden werden – auch dort, wo sie keine vordergründig religiöse Grundlage zu haben scheint.“

Aus dem Grußwort des Kirchenpräsidenten der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, Dr. Volker Jung

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht selbstverständlich mit an Bord. Sie müssen überzeugt werden!

Belegschaften mit überwiegend jüngeren Beschäftigten beispielsweise im Einzelhandel für Modeartikel (z. B. H&M, ZARA, New Yorker) sehen bei der Sonntagsarbeit nicht bloß die finanzielle Seite, sondern auch ein eher „spaßiges Vergnügen“, weil die Kundinnen und Kunden angeblich „gut drauf“, auf jeden Fall aber „besser gelaunt“ seien.

Die Frage der Sonntagsarbeit steht auch in einem engen Zusammenhang mit der sozialen Frage: Wer kann sich denn einen freien Sonntag leisten? Die Beschäftigten im Einzelhandel beispielsweise erhalten für Sonntagsarbeit einen Zuschlag von 120 Prozent. Darüber hinaus geben einzelne Unternehmen Warengutscheine in beträchtlicher Höhe (z. B. 50 Euro bei H&M) aus und sorgen für freie Verpflegung (z. B. 5 Euro pro Kopf bei ZARA) als Anreiz für „freiwillige“ Sonntagsarbeit. Viele Kolleginnen und Kollegen kalkulieren deshalb die Arbeit an (mindestens) vier verkaufsoffenen Sonntagen in ihr laufendes Monatsbudget ein, so dass, wie beispielsweise bei Nachtschichtlern, eine direkte „Abhängigkeit“ von der Sonntagsarbeit entsteht.

So wird die Frage der Ausdehnung der Sonntagsarbeit zu einer Herausforderung für die Gewerkschaften. (...) Das heißt, eine Bewegung für den freien Sonntag kann und darf sich nicht einseitig an die politisch Verantwortlichen mit dem Ziel von Gesetzesänderungen richten. Sie muss gleichzeitig, vielleicht sogar vorher, den Beschäftigten und den Konsumenten einen Weg aus der angeblich „unvermeidbaren“, weil dem Wettbewerb geschuldeten Sonntagsarbeit aufzeigen.
Aus dem Grußwort von Jürgen Bothner, Landesbezirksleiter, ver.di Hessen

Das Verhältnis zur Wirtschaft ist keine Einbahnstraße

„... Ich habe mich immer dafür eingesetzt, Wirtschaft als einen Bestandteil der Kultur zu betrachten. Es gibt ja eine intellektuelle Hochnäsigkeit, die diesen sehr wichtigen Faktor unseres Lebens gering einschätzt. Aber dies nimmt auch die Wirtschaft in Anspruch, dass sie sich als ein ebenbürtiger Partner der anderen Kulturbereiche benimmt und sich nicht selbst irgendwie doch absolut setzt. Viele Unternehmer wissen darum. Aber einige, die einen größeren Gewinn vielem anderen Wichtigen vorziehen, wissen offensichtlich nicht, was sie – oft ohne Absicht – tatsächlich zerstören. Die Kirchen und andere Partner des gesellschaftlichen Lebens können dies um des Menschen willen nicht akzeptieren. Wenn es sein muss, dürfen wir an dieser Stelle einem neuen „Kulturkampf“ nicht ausweichen, den uns manche heute schon diskriminierend vorwerfen.“

Aus dem Grußwort von Bischof Karl Kardinal Lehmann



Lernort Auschwitz

Jugendseminar in Polen
vom 9. bis 16. Oktober 2010

In der ehemaligen Kommandantur direkt auf dem Gelände des Konzentrationslagers Auschwitz I (Stammlager) war die Jugendgruppe aus dem Ev. Dekanat Dietz für sechs Tage untergebracht.

Intensive Führungen im Massenvernichtungslager Auschwitz-Birkenau und im Arbeitslager Auschwitz-Monowitz (Buna Werke der I.G. Farben) standen im Mittelpunkt der Reise. In Workshops beschäftigten sich die Jugendlichen mit der besonderen Lage von Häftlingsfamilien in Auschwitz und der Verfolgung und Vernichtung von Sinti und Roma. Zur Vertiefung der Eindrücke stand das Dokumentations- und Informationszentrum zur Verfügung. Der Anblick von drei Tonnen Haaren, von 450.000 Paar Schuhen, Hunderter leerer Koffer und unzähliger Brillengestelle verstärkte die ganz persönliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die mit diesem Ort verbunden sind. Die davon ausgelösten Empfindungen und Fragen prägten fast alle Gespräche während des Aufenthalts.

Ein Zeitzeugengespräch mit dem 91-jährigen K. Smolen, war für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein besonderes und aufwühlendes Erlebnis. Er berichtete über die Zeit seiner Gefangenschaft in Auschwitz, die harte Arbeit, die unmenschlichen Lebensbedingungen und den „Todesmarsch“ bei der Räumung des Lagers. Seine Offenheit beeindruckte die Gruppe sehr stark.

Als Aufgabe gab er den jungen Besuchern mit auf den Weg, diese schreckliche Zeit nicht zu vergessen und sich in der eigenen Heimat mit allen demokratischen Möglichkeiten gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ungerechtigkeit einzusetzen.

Johanna Kaus



Erntedank heute

Zwischen traditioneller Form und zukunftsweisendem Inhalt

Herbst 2010: Ein Erntedankfest reiht sich ans andere. Allen gemeinsam ist die Suche nach einem Gleichgewicht zwischen traditionellen Formen und zukunftsweisenden Inhalten, zwischen vertrautem volkstümlichen Brauchtum und gelebter christlicher Spiritualität, zwischen Dank und Sorge.

Gemischte Erntebilanzen

2010 ist ein Jahr der Wetterkapriolen. Der lange, kalte, schneereiche Winter. Die Nässe im Frühjahr samt Hagel-schlag. Große Hitze im Frühsommer. Wochenlange vernichtende Niederschläge während der Ernteperiode. Das abgereifte Getreide steht auf dem Halm, kann aber wegen des Regens nicht geerntet werden. Statt Brotgetreide entsteht nur Getreide in Futtermittelqualität. Winzer sehen sich mit Beerenfäule konfrontiert und sprechen selbst-ironisch von einem „säurebetonten“ Jahrgang. Bitter wird den Bauern ihre elementare Abhängigkeit vom Wettergeschehen und der Natur vor Augen geführt. Das Danken fällt einigen in Zeiten der Trauer über Verluste schwer.

Aber: Die Ernte ist insgesamt noch durchwachsen. Die Bilder völlig zerstörter Ernten in Russland oder Pakistan relativieren vieles.

Lebendige Traditionen

In der christlichen Kirche reichen die Wurzeln des Erntedankfestes bis ins dritte Jahrhundert zurück. Erntefeste gab es jedoch bereits in der Antike. Sie spielen in vielen Religionen, Kulturen und Weltgegenden nach wie vor eine wichtige Rolle.

Heute stellt sich angesichts altbekannter Rituale, mit Früchten geschmückter Altäre, Erntekronen, Volkstänzen und Volksliedern die Frage, ob das Erntedankfest in Gefahr ist, zu erstarren und zu verkümmern. Bedroht eine orange-farbene Kürbis-Deko-Unkultur gar die Sinnhaftigkeit des Festes?

Nein – der Funke springt in den Herbstgottesdiensten über – Feierlichkeit, Besinnung, Fröhlichkeit. Bei der partizipativ ausgerichteten Vorbereitung der Gottesdienste kommen aktuelle Fragen und Anliegen an die Kirche durch die Landverbände zur Sprache.

Anlass zum Besinnen

Die vierte Bitte des Vaterunsers „Unser tägliches Brot gib uns heute“ ist im Sinne Luthers umfassend zu verstehen. Allerdings wünschen sich die ländlichen Verbände, dass im

Erntedankgottesdienst kein „allgemeines Danken für Alles und Nichts“ stattfindet. Der tiefgründige Schöpfungsbezug, der Dank für die guten Gaben zum Leben und die Wertschätzung für die Arbeit der Landwirte, Winzer und Gärtner sollten im Vordergrund stehen. Thema ist außerdem die Verhältnisbestimmung zwischen der eigenen landwirtschaftlichen Leistung und dem Segen Gottes, ohne den nach christlicher Überzeugung nichts Lebendiges im umfassenden Naturkreislauf wachsen würde.

Zum realistischen Bilanzziehen gehört das Aushalten von Widersprüchen. Leben heißt in Fragmenten zu leben. Das Spannungsfeld in der Landwirtschaft ist sehr groß. Idealistische Eigenansprüche stehen gegen knallharte Marktbedingungen. Wachsen oder Weichen. Pragmatisch optimistisch bleiben – nicht resignativ, zynisch, brutal werden – eine Lebensherausforderung.

Die Zukunftshoffnung aufrecht erhalten, dass all diese Gebrochenheit in Gott ihren Platz finden wird.

Zukunftsblicke erhaschen

Zwar leben wir nicht vom Brot allein. Existenziell angewiesen auf das tägliche Brot sind wir trotzdem. Ausreichende Nahrung ist global gesehen keine Selbstverständlichkeit. Zum Dank an Gott gehört das gerechtere Teilen der Güter der Erde mit dem fernen Nächsten. Doch viel Gleichgültigkeit herrscht aufgrund von Übersättigung.

In Zeiten des Überflusses und der scheinbaren Unbegrenztheit der Ressourcen ist eine wachsende Kultur der Dankbarkeit für das Lebensnotwendige zukunftsweisend. Den Blick auf das Lenken, was wir an Positivem haben. Ohne dabei Defizite völlig auszublenden. Mehr echte Zufriedenheit statt kurzzeitige kommerzialisierte Glücksverheißungen.

Innehalten an Erntedank, um Wertedebatten zu führen, ist für Zukunftsdialoge fruchtbringend.

Feiern

Existenz- und Zukunftssorgen plagen die Landwirtschaft, unter anderem wegen der derzeit heiß umkämpften Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik für die Jahre 2014 bis 2020. Ungewissheit über weitere Veränderungen verunsichert. Die Entscheidungen werden hauptsächlich im fernen Brüssel getroffen. Ohnmachtsgefühle entstehen.

Aber: keine alltägliche Jammerei. Das Erntedankfest ist ein großes Fest im Jahreslauf!



Erntedankfeste 2010

Am 20. September 2010 wurde an Bundespräsident Christian Wulff die Erntekrone der deutschen Landwirtschaft überreicht. An der ökumenischen Andacht im Französischen Dom in Berlin beteiligte sich unter anderem der Evangelische Dienst auf dem Lande (EDL). Anschließend wurde die Sonderbriefmarke „Erntedank“ vom Bundesfinanzministerium vorgestellt. Für das Zustandekommen der Briefmarke hatten sich u. a. die evangelischen und katholischen Landverbände engagiert.

Im 3. Oktober 2010 folgte das Landeserntedankfest des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e. V. in einer Maschinenhalle in Eich am Rhein. Der ökumenische Erntedankgottesdienst mit 300 Teilnehmern wurde von Propst Dr. Klaus-Volker Schütz sowie Weihbischof Dr. Ulrich Neymeyr gestaltet.



Landeserntedankfest des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e. V., 1. v.l: Propst Dr. Klaus-Volker Schütz

Der Kreisbauernverband Marburg-Biedenkopf feierte am 10. Oktober 2010 sein Kreiserntedankfest mit 250 Besuchern im Bürgerhaus von Lohra. Nach einer katholischen Andacht drehte sich die Podiumsdiskussion um das Thema „Der ländliche Raum in einer globalisierten Welt“. Die Gesprächsrunde bestand aus Karsten Mc Govern (Stellvertretender Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf), Erwin Koch (Vorsitzender des Kreisbauernverbandes), Iris Trier (Bäuerin) und Dr. Maren Heincke (ZGV). Die Moderation hatte Pfarrer Eberhard Wisseler (EKKW).

Das Landeserntedankfest des Hessischen Bauernverbandes e. V. fand am 17. Oktober 2010 in der Stadtkirche Erbach statt. Über 350 Personen nahmen teil. Der evangelische Gottesdienst wurde von Stephan Arras, Dekan des Dekanats Odenwald, und Cordelia Kopsch, Stellvertreterin des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, geleitet. Unter den Ehrengästen befand sich die neue Hessische Landwirtschaftsministerin Lucia Puttrich.



Ohne die zahlreiche, sehr engagierte Unterstützung durch Ehrenamtliche wäre die Durchführung dieser Erntedankfeste nicht möglich gewesen. Landjugendverbände banden die Erntekronen, Landfrauen übernahmen Dekoration und Bewirtung, Bauernverbände stemmten die Organisation, Chöre und Posaunenchöre schufen den festlichen musikalischen Rahmen. Verbändevertreter trugen die dialektgefärbten Fürbitten vor und verliehen ihnen damit Authentizität. Landwirte gaben vom eigenen Erleben geprägte Wetter- und Ernteberichte.

Dr. Maren Heincke

Feldzerstörung ist kein Mittel der Politik

Christliche Impulse zu umstrittenen Landwirtschaftsthemen

Zu den Aufgaben des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) gehört es, christliche Wertvorstellungen in ethische Diskurse innerhalb der Landwirtschaft mit einzubringen. Stark umstrittene Themenfelder sind nach wie vor die Agrogentechnik und die Vergabe von Biopatenten. Dabei stehen Fragen rund um Schöpfungstheologie, Gerechtigkeit und Risiken im Vordergrund.

Glaubensinhalte führen weder direkt zu scheinbaren Patentlösungen für neue Fragestellungen noch ersetzen sie breit geführte politische Aushandlungsprozesse. Der christliche Glaube kann lediglich zur Werteorientierung und zur Benennung von klaren Urteilkriterien dienen.

Dennoch besteht ein größeres öffentliches Interesse an christlichen Positionierungen; und sei es, um produktive Reibungspunkte zu finden. Durch das Abarbeiten an kirchlichen Stellungnahmen, die einen bestimmten ethischen Blickwinkel einnehmen, können eigene konträre Überzeugungen überprüft, verfestigt oder weiterentwickelt werden.

Neben der Vermittlung von Fachinformationen, dem Führen von Ethikdiskussionen und der agrarpolitischen Positionierung zur Agrogentechnik hatte das ZGV 2010 eine neue wichtige Aufgabe. Bei Protestveranstaltungen äußerten

regelmäßig Personen aus der „bürgerlichen Mitte“ viel Sympathie für die Zerstörung von Feldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen. Das ZGV lehnt jede Form von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung strikt ab – einschließlich Feldzerstörungen. Das Gewaltmonopol des Staates ist eine der wesentlichen zivilisatorischen Errungenschaften.

Ich habe in Gesprächen eine zunehmende Radikalisierung erfahren. Die Befürworter dieser rabiatischen Methoden berufen sich jedoch auf eine vermeintliche bürgerschaftliche Pflicht zum zivilen Ungehorsam. Aus ihrer Perspektive herrschen ungerechte, diktaturähnliche Verhältnisse im heutigen Deutschland. Die politischen Entscheidungsprozesse werden einseitig von Wirtschafts- und Finanzkonzernen dominiert. Sie berufen sich auf das Beispiel von rehabilitierten Widerstandskämpfern. Gerade einzelne zivilgesellschaftlich engagierte Bürger schätzen aufgrund von Ohnmachtserfahrungen die aktuelle politische Situation zu undifferenziert ein. Meine Verweise auf real vorhandene und überwiegend risikolose Meinungsfreiheit in Deutschland und auf den notwendigen Respekt vor Andersdenkenden werden zurückgewiesen.

Dr. Maren Heincke

Das Wettrennen um fruchtbares Ackerland hat begonnen

Zukunft fair teilen

Zurzeit sind 925 Millionen Menschen chronisch unterernährt. Und das obwohl die global produzierten Lebensmittelmengen alle Erdbewohner sättigen könnten. Täglich sterben 24.000 Menschen an den Hungerfolgen. Hunger hat sehr viele, überwiegend menschengemachte Ursachen. Konflikte um natürliche landwirtschaftliche Ressourcen sowie Finanzspekulationen mit Agrarrohstoffen gewinnen stark an Bedeutung.

Seit der Preisexplosion bei Lebensmitteln, staatlich verordneten Exportverboten und der damit verbundenen Ernährungskrise 2007/2008 steht das Thema Landwirtschaft wieder weit oben auf der internationalen politischen Agenda. Wegen Hungeraufständen in über 30 Ländern wurde

Nahrungsmangel erneut als wichtiges Sicherheitsproblem eingeordnet.

Neokolonialer Landraub

Die Ernährungskrise löste ein internationales Wettrennen um den Zugang zu fruchtbarem Ackerland samt guter Wasserversorgung in Entwicklungs- und Schwellenländern aus. Akteure dabei sind aufstrebende Wirtschaftsnationen wie China oder stark von Lebensmittelimporten abhängige Staaten wie Saudi Arabien. Deren Regierungen wollen sich zwecks nationaler Ernährungssicherung verstärkt von den Weltagarmärkten unabhängig machen. Lebens- und



„Die Ernährungskrise löste ein internationales Wettrennen um den Zugang zu fruchtbarem Ackerland samt guter Wasserversorgung in Entwicklungs- und Schwellenländern aus. Akteure dabei sind aufstrebende Wirtschaftsnationen wie China oder stark von Lebensmittelimporten abhängige Staaten wie Saudi Arabien.“

Futtermittel sowie nachwachsende Rohstoffe lassen sie in Drittstaaten für sich produzieren, wofür sie riesige Landflächen kaufen oder langjährig pachten.

Der Beginn der Weltwirtschaftskrise im Sommer 2008 bedeutete nicht bloß eine fundamentale Erschütterung des bisherigen marktwirtschaftlichen Systems. Aus Sicht der Landwirtschaft konnte nicht länger verdrängt werden, dass es sich um eine multiple, in sich verflochtene Krise des gesamten Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt-, Klima- und Ernährungssystems handelt.

Durch die globale Finanzkrise wurde Ackerland für die Finanzindustrie und ihr frei gewordenen vagabundierendes Kapital zur neuen interessanten Anlagemöglichkeit. Ertragreiches Land verspricht ein relativ niedriges, aber sicheres und kontinuierliches Renditepotenzial. Westliche Investment- und Hedge-Fonds, Banken wie Goldman Sachs und multinationale Agrarkonzerne beteiligen sich deshalb am spekulativen Landaufkauf.

Korrupte Regierungen unterzeichnen komplizierte und undurchsichtige Übernahmeverträge. Landrechtskonflikte und Landvertreibung ihrer eigenen kleinbäuerlichen Bevölkerung sind die Folge. Die mit dem Landausverkauf in Aussicht gestellten Arbeitsplätze und Infrastrukturinvestitionen in Entwicklungsländern bleiben zumeist aus.

Der UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung, Olivier de Schutter, sowie Menschenrechtsaktivisten sprechen von neokolonialen Landraub (Land Grabbing). Es wird geschätzt, dass in den letzten Jahren in Afrika, Lateinamerika, Osteuropa und Asien mindestens 45 Millionen Hektar Ackerfläche an ausländische Investoren verkauft oder verpachtet wurden. Die entstandenen internationalen politischen Initiativen zur Regulierung dieser Landverschönerung sind noch zu jung, um echte Erfolge verzeichnen zu können.

Spekulation mit Agrarrohstoffen

In den Jahren 2007/2008 sowie besonders deutlich 2010 verstärkten Spekulationen mit Agrarrohstoffen die drastischen Preissprünge und Preiseinbrüche an den Weltagarmärkten. 2008 war das Kontraktvolumen für Agrarrohstoffe an den Börsen in Chicago und New York etwa doppelt so

hoch wie 2005. Im Jahr 2010 gab es verschiedene Berg- und Talfahrten bei den Weltagrarpreisen z. B. für Zucker. Nachdem Russland im Sommer aufgrund von Ernteausfällen ein Exportverbot für Weizen erließ, schossen die Weltgetreidepreise in die Höhe. Zum großen Teil war dieser Hype rein auf Finanzspekulationen zurückzuführen, bei denen mit sehr großen Summen in die Agrarmärkte eingestiegen, künstlich Knappheit erzeugt und so die Agrarpreise nach oben getrieben wurden. In der Realwirtschaft waren die Weltgetreidevorräte für 2010 völlig ausreichend.

Die von den Finanzmärkten ausgelösten Turbulenzen auf den Nahrungsmittelmärkten treffen die Bevölkerung in Entwicklungsländern existenziell. Scheinbar abstrakte, virtuelle Preissprünge an den Rohstoffbörsen bedeuten für Arme, die oft über die Hälfte ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben müssen, ganz konkret eine Mahlzeit weniger pro Tag. Die entsprechenden Akteure an den Finanzmärkten sind mitverantwortlich für die Verschärfung der Hungerkrise.

Inzwischen gibt es erste politische Aktivitäten zur Eindämmung der Spekulation mit Lebensmitteln.

Fair teilen

Langfristig ist mit dauerhaft erhöhten und stark schwankenden Weltagrarpreisen zu rechnen. Die Lebensmittelpreise sind wegen der Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen als Energieträger an die internationalen Erdölpreise gekoppelt. Umso wichtiger ist die öffentliche Lagerhaltung von Getreide, die eine Pufferfunktion übernehmen kann. Für landwirtschaftliche Betriebe sind neue Formen des Risikomanagements notwendig.

Es wird geschätzt, dass 2010 Agrarfonds etwa 350 Aktien im Agrarbereich im Umfang von ca. 500 Milliarden Dollar umfassen. Prognostisch gilt der Agrarsektor als einer der wichtigsten Anlagethemen des 21. Jahrhunderts. Die Nachfrage nach Agrarrohstoffen wird zukünftig drastisch ansteigen. Ursachen dafür sind die weltweite Bevölkerungsexplosion, veränderte Ernährungsgewohnheiten zugunsten von tierischen Produkten, der Ausbau nachwachsender Rohstoffe sowie die sich verschärfende Ressourcenknappheit bei Land, Wasser und Saatgut.

Dr. Maren Heincke

Schlüsselqualifikation Medienkompetenz

Sie muss gestärkt werden

In unserer Welt, die von Medien durchdrungen ist, spielt die Fähigkeit, selbstbestimmt, kompetent und sozial verantwortlich mit ihnen umzugehen, eine große Rolle. In der am 13. Dezember 2010 stattgefundenen Anhörung in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ stellten Fachleute fest, dass hinsichtlich der Schlüsselqualifikation Medienkompetenz in allen Generationen deutschlandweit noch große Defizite bestehen.

Oberkirchenrat Markus Bräuer, Medienbeauftragter der EKD, schreibt dazu: „Die sich rasant entwickelnde Medienwelt bietet immer neue Techniken: Handy-TV, das neue Internetfernsehen und die schon lange vorhandenen Computerspiele sind eine große Chance. Aber nicht in jedem Fall werden die technischen Möglichkeiten zum Segen. Gerade Kinder und Jugendliche müssen deshalb Medienkompetenz erwerben.“

Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) hat auch im Bereich der politischen Jugendbildung den Auftrag, Medienkompetenz in allen Facetten zu fördern. Dazu gehört, Kindern, Jugendlichen und den mit ihnen arbeitenden Erwachsenen die Fähigkeit zu vermitteln, medial verfügbare Ressourcen zu nutzen. Weiterhin gehört dazu, Kompetenzen zur Erschließung und vor allem zur Bewertung von Inhalten zu vermitteln. Medien transportieren aber auch Bilder der Gesellschaft und sie sind Instrumente im öffentlichen Diskurs. Damit analytisch und kritisch umzugehen, ist ein wichtiger Teil der erforderlichen Medienkompetenz. Mit seinen Angeboten trägt das ZGV zur Vermittlung dieser Kompetenz bei.

Veranstaltungsangebote

Im Sinne der Medienkompetenzförderung haben wir auch im Jahr 2010, gemeinsam mit verschiedenen außerkirchlichen Kooperationspartnern, unterschiedliche Veranstaltungen organisiert und durchgeführt.

In der Veranstaltung „Gewalt in Film und Spiel“ gingen wir mit Jugendlichen, die ihr freiwilliges soziales Jahr in Einrichtungen des Diakonischen Werks in Hessen und Nassau absolvieren, an zwei Tagen der Frage nach, wie unterschiedliche Medien auf uns wirken und welche Regelungen in der Gesellschaft getroffen werden können, um schädliche Einflüsse zu verhindern.

Unterschiedliche Medien wurden in ihrer Machart entschlüsselt und damit einer sachgerechten Diskussion und Beurteilung zugänglich gemacht.

Nicht nur die Frage der Gewaltdarstellungen wird gesellschaftlich thematisiert. In einer Veranstaltung mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen besuchten wir eine virtuelle Spielwelt, um nicht nur die Funktionsweise zu erkennen, sondern auch,

um an der eigenen Spielpraxis die Faszination für Kinder und Jugendliche zu erfahren. Gemeinsam mit dem präventiven Jugendschutz Frankfurt entwickelten wir daraus ein Konzept, das in der Suchtprävention über die Grenzen der Landeskirche hinaus nutzbar ist.

Offene Fragen zum Urheberrecht

Viele Fragen tauchen immer wieder im Kontext des Urheberrechts auf. Darf ich einfach so ein Bild aus dem Internet für meine Präsentation benutzen? Ist die Weitergabe von digital aufgenommenen Musikstücken strafbar? Darf mich jeder mit der Handykamera filmen oder fotografieren? Wie sind meine Daten bei Facebook, WkW oder im SchülerVZ gesichert?

Gemeinsam mit dem Infoc@fe Neu-Isenburg, einer medienpädagogisch arbeitenden Jugendeinrichtung, und dem Jugendschutz der Stadt Frankfurt am Main organisierten wir eine Veranstaltung, in deren Verlauf die Kolleginnen und Kollegen aus der Kinder- und Jugendarbeit mit einem Rechtsanwalt, dessen Schwerpunkt Rechtsfragen um die sogenannten „Neuen Medien“ sind, offene Fragen klären konnten.

Positive Einsatzmöglichkeiten „Neuer Medien“ erproben

Das berechtigte Anliegen, Kinder und Jugendliche vor negativen Auswirkungen der Mediennutzung zu schützen, darf nicht für eine grundsätzliche Kritik an digitalen Medien missbraucht werden. Kinder und Jugendliche müssen daher unterstützt werden, Medien so zu nutzen, dass sie zu einer positiven Persönlichkeitsentwicklung beitragen. Auch dazu gibt es einige Ansätze.

Wir führten mit ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit einen Workshop durch, in dem sie unter Nutzung eines Computerspiels eigene Filme drehen konnten. Dies kann beispielsweise dann zu einer Bereicherung der Kinder- und Jugendarbeit führen, wenn Themen der Persönlichkeitsentwicklung über die Methode thematisiert und besprechbar gemacht werden.

Der kompetente Umgang mit Medien, den alten wie den neuen, ist Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Es ist die Aufgabe aller Akteure, die sich für eine Teilhabe an gesellschaftspolitischen Entwicklungen stark machen, Menschen zu befähigen, sich dieser bewusst zu werden, und ihnen die Möglichkeiten zu eröffnen, diese auch nutzen zu können.

Michael Grunewald



Die „Köche“ präsentieren ihre Rezepte.

„Rezepte gegen Ohnmacht“

Von Anti-Ohnmachtskekse bis zum Hartz-IV-Familieneintopf

„Rezepte gegen Ohnmacht“ – unter diesem Motto veranstalteten das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), das Referat Wirtschaft-Arbeit-Soziales der Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck und die Katholische Betriebsseelsorge Mainz in Heppenheim ein Kreativ-Seminar für Erwerbslose. Was die 23 Arbeitslosen angerührt und an Rezepten entwickelt hatten, präsentierten sie verblüfften Besuchern am Ende der dreitägigen Veranstaltung im Haus am Maiberg.

Ein Rezept für Anti-Ohnmachtskekse hat Sybille ausgetüftelt. Sie ist arbeitslos und kennt das Ohnmachtsgefühl aus eigener Erfahrung. Als Zutat für ihre speziellen Kekse empfiehlt sie unter anderem 200 Gramm Charakterstärke, zwei Prisen Glaubenssalz in Kraftbrühe und vier Tropfen Demut. Andere Teilnehmer erarbeiteten ein Rezept für den richtigen Umgang mit der freien Zeit bei Erwerbslosigkeit. Ihr Zubereitungstipp für die Zeitroulade: unbedingt neue oder wieder entdeckte Talente unterrühren. Als Rezept gegen Isolation wurde die Teilnahme am Arbeitslosentreff Kompass oder einer anderen Arbeitsloseninitiative als schmack- und nahrhaft empfohlen. In einem weiteren Rezept, das sich ausdrücklich an die „Drückeberger“ unter den Arbeitslosen wendet, heißt es ironisch: Wer das Pech habe, zum Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, müsse dabei nur nach dem Betriebsrat fragen – den Job bekäme dann garantiert ein anderer.

Einen Hartz-IV-Familieneintopf tischte Johanna auf. Weil davon auch Kinder essen, sollte die Vor- und Zubereitung stets mit Vorlesen, Hausaufgabenhilfe, Museumsbesuchen oder Spielen verbunden sein – dazu dürfe ein kräftiger Schuss Humor auf keinen Fall fehlen.

Alle Rezepte wurden in einem großen Kochbuch zusammengebunden – zum Nachlesen und als Anregung, eigene Rezepte zu entwickeln. Marion Schick vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN, der Kunstpädagoge Holger Wilmesmeier und die Kunsttherapeutin Martina Bodenmüller, die das Seminar gemeinsam leiteten, machten deutlich, dass es im Falle der Erwerbslosigkeit kein Patentrezept gegen Ohnmacht gebe. Es gebe aber viele kleine Hilfen, die einem das Leben als Erwerbsloser erleichtern könnten. Das Kreativ-Seminar sollte dazu Anregungen geben. Die vielleicht wichtigste Erkenntnis: Rezepte gegen Ohnmacht sind wirkungsvoller und raffinierter, wenn sie nicht allein, sondern gemeinsam entwickelt werden.

Für den Nachtisch hatte Johanna das Rezept für ein „Bären-dessert“ parat. Man nehme: „ein Bärenfell, eine bequeme Haltung, geschlossene Augen und positive Energie. Nimm anschließend Deinen Alltag an und würze ihn mit Deiner Zufriedenheit.“

*Berndt Biewendt,
Öffentlichkeitsarbeit, Ev. Dekanat Bergstraße*

Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende aussetzen

Mainzer Netzwerk „Erwerbslosigkeit ein Gesicht geben“ diskutiert mit Vertretern der Regierungsparteien

Seit August 2009 setzen sich Wissenschaftler und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen dafür ein, dass Jobcenter den Vollzug von Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende sofort einstellen. Einer der Mitunterzeichner des Sanktionsmoratoriums, der Sozialethiker Prof. Dr. Franz Segbers, stellte bei der Podiumsdiskussion am 22. Oktober 2010 im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung klar: „Kein Vergehen kann so schwer sein, dass es mit Hunger bestraft werden darf.“

Monatlich werden derzeit 60.000 Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende ausgesprochen. In 10.000 Fällen wird die Unterstützung für drei Monate vollständig gestrichen. Mehr als 50 Prozent der Sanktionen werden aufgrund von Meldeversäumnissen ausgesprochen, unter 10 Prozent wegen Ablehnung einer zumutbaren Arbeit.

Die Sozialrechtlerin Prof. Dr. Helga Spindler von der Universität Duisburg-Essen kritisierte in ihrem Vortrag den Umgang der Jobcenter mit Langzeitarbeitslosen: „Arbeitslose haben keine Möglichkeit mehr, über ihre Arbeitsbedingungen zu verhandeln.“ Sie beschrieb den Fall einer Verkäuferin, die eine Stelle mit einem Stundenlohn von



V.l.n.r.: P. Schmitz, FDP, H. Thelen, CDU, M. Schick, ZGV, Prof. Dr. H. Spindler, Duisburg-Essen, Prof. Dr. Franz Segbers, Marburg

4,50 Euro ablehnte, woraufhin ihr die Bezüge um 30 Prozent gekürzt wurden. Frau Spindler schlug vor, dass Einsprüche gegen Sanktionen bis zur gerichtlichen Klärung wieder aufschiebende Wirkung haben müssten. Für diesen Vorschlag wird sich die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Hedi Thelen, einsetzen. Einem Sanktionsmoratorium gibt sie wie ihr FDP-Kollege Peter Schmitz keine Chance.

Ausbildung Plus

Die Initiative des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze – Zwischenbilanz



Die Spedition Schuldes übernimmt den durch Ausbildung Plus geförderten Lehrling (Gerhard Schuldes mit Geselle Andreas Müller).

Dank der großzügigen Bereitstellung von Mitteln der Hermann-Schlegel-Stiftung konnte das ZGV im Jahre 2005 das Projekt „Ausbildung Plus“ starten. Ziel war es, durch einen finanziellen Anreiz von 150 Euro pro Monat einen zusätzlichen Ausbildungsplatz in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes für junge Männer zu schaffen, die es auf dem Ausbildungsmarkt schwer haben. 2006, 2007 und 2008 kamen weitere Fördermittel hinzu, so dass bislang 54 Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhielten, den es

ohne Förderung gar nicht gegeben hätte! Darunter sind Berufe wie Maler und Lackierer, Frisör, Zweiradmechaniker und Mediengestalter. Aktuell werden noch neun Ausbildungsplätze bis zum Januar 2014 gefördert.

Von den bisherigen Absolventen haben 29 Jugendliche die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Davon haben 22 einen Arbeitsvertrag im Ausbildungsbetrieb bzw. in einem anderen Betrieb erhalten. Bei sieben jungen Männern war aus persönlichen Gründen wie Wehrpflicht oder Weiterbildung bzw. aus konjunkturellen Gründen keine Weiterbeschäftigung möglich. 16 Jugendliche haben die Ausbildung vorzeitig beendet.

„Ohne die Förderung hätte ich weder diesen Ausbildungsplatz erhalten, noch so gut abschneiden können“, sagte uns ein Jugendlicher, der als zweitbesten seines Jahrganges im Karosseriebauer-Handwerk im vergangenen Winter seine Gesellenprüfung bestand. Mit dem Betreuer aus der kirchlichen Pateninitiative st.ar.k, den pädagogischen Angeboten des Zentrums für die Ausbilder und die Jugendlichen und nicht zuletzt durch die finanzielle Förderung des für diesen jungen Mann zusätzlich eingerichteten Ausbildungsplatzes konnte er erfolgreich seine Lehrzeit beenden und in einem anderen Betrieb einen Arbeitsvertrag erhalten.

Keine Verlängerung der AKW-Laufzeiten



Kernkraftwerk Biblis, Foto: RWE Power AG

Mit dem Standort Biblis ist die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) direkt von der Frage des Atomausstiegs betroffen. Anlässlich des „Ökumenischen Tags der Schöpfung“ am 3. September 2010 wandte sich Umweltpfarrer Dr. Hubert Meisinger mit der Forderung an die Bundesregierung, an den bisherigen Laufzeitregelungen des Atomgesetzes festzuhalten und die Laufzeit der Atomkraftwerke nicht zu verlängern. Ein schneller und konsequenter Umstieg auf erneuerbare Energien sei nur so zu gewährleisten und solle als Chance für ein gerechteres Miteinander von Mensch und Umwelt und eine friedliche weitere Entwicklung allen Lebens auf der Erde begriffen und ergriffen werden. Noch vor der Unterzeichnung des Atomgesetzes durch Bundespräsident Christian Wulff am 8. Dezember 2010 sprach sich auch Dr. Ulrich Oelschläger, Präses der Synode der EKHN, in seiner Abschlussrede zum 12. Montagsspaziergang der BUND Kreisgruppe Worms deutlich dafür aus, endlich mit dem Ausstieg aus dieser Risikotechnologie zu beginnen, wie ihn die Synode der EKD bereits 1987 und zuletzt 2010 gefordert hat.

Von der Hofübergabe bis zur Trauerbegleitung

Landwirtschaftliche Familienberatung stellt sich in Rheinhessen vor

Durch Vorträge bei Dekanatskonferenzen oder Dekanatsfrauentagen und Kontaktgespräche mit dem Bauern- und Winzerverband wurde nach langer Vakanz das Angebot der Landwirtschaftlichen Familienberatung wieder bekannt gemacht. Inzwischen nutzen 24 Familien das Beratungsangebot, 12 haben bereits eine Beratung abgeschlossen. Inhaltliche Schwerpunkte bei den Beratungen sind die

Hofübergabe, manchmal auch die Hofaufgabe, Paarberatungen, Trauerbegleitung, Erbschaftsregelungen und Mehrgenerationenkonflikte.

Mehr über die Arbeit kann man im Jahresbericht 2010 der Landwirtschaftlichen Familienberatung der Kirchen in der Pfalz und in Rheinhessen lesen. Er wird Anfang 2011 erscheinen.

Aus dem Zentrum



Petra Böhme



Christian Schwindt



Johanna Kaus



Dr. Stefan Heuser

Ende Februar wechselte Gudrun Hofmann, vier Jahre lang Büromitarbeiterin im Zentrum, als Personalsachbearbeiterin in die Regionalverwaltung Wiesbaden der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Ihre Nachfolge trat im Juni Petra Böhme an.

Von Februar bis Ende Juni leitete Pfarrer Dr. Thomas Posern das Zentrum kommissarisch. Seit Juli ist er der Beauftragte der evangelischen Landeskirchen im rheinland-pfälzischen Landtag. Seit Juni leitet Oberkirchenrat Christian Schwindt das Zentrum, vertreten durch Dr. Brigitte Bertelmann, Referentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik.

2010 unterstützten zwei Praktikanten die Arbeit des Zentrums. Johanna Kaus, Studentin an der Ev. Fachhochschule Darmstadt, hospitiert noch bis Ende März 2011 im Fachbereich Jugend und Gesellschaft. Dr. Stefan Heuser begann am 01. Dezember sein Spezialvikariat im Zentrum. Er wird ein Projekt aus dem Themenfeld „Unternehmensethik / Ethik für Führungskräfte“ bearbeiten.

Dr. Angela Stender gab Ende Dezember ihre Beauftragung für den Verein Mitte Hessen e.V. auf und übernahm am 01. Januar 2011 die Öffentlichkeitsarbeit in den Dekanaten Hungen, Kirchberg, Grünberg.

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung

der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Str. 113–115
55128 Mainz
Telefon: 06131 28744-0
Fax: 06131 28744-11

Leitung

Oberkirchenrat
Christian Schwindt
Telefon: 06131 28744-46
E-Mail: c.schwindt@zgv.info

Stellvertretende Leitung

Dr. Brigitte Bertelmann
Telefon: 06131 28744-44
E-Mail: b.bertelmann@zgv.info

Ev. Sozialethik

N.N

Bildung

N.N,

Geschäftsführung

Petra Weller
Telefon: 06131 28744-31
E-Mail: p.weller@zgv.info

Hauswirtschaft

Silvia Zerfaß
Telefon: 06131 28744-34
E-Mail: s.zerfass@zgv.info

Sylvia Krause

Öffentlichkeitsarbeit

Margit Befurt
Telefon: 06131 28744-42
E-Mail: m.befurt@zgv.info

Sachbearbeitung:
Christine Seemann
Telefon: 06131 28744-43
E-Mail: c.seemann@zgv.info

Sekretariate

Irmgard Reuter
Telefon: 06131 28744-0
E-Mail: i.reuter@zgv.info

Hans-Peter Wiener
Telefon: 06131 28744-46
E-Mail: h.wiener@zgv.info

Helga Ponniah
Telefon: 06131 28744-32
E-Mail: h.ponniah@zgv.info

Petra Böhme
Telefon: 06131 28744-33
E-Mail: p.boehme@zgv.info

Hanne Münch
Telefon: 06131 28744-35
E-Mail: h.muench@zgv.info

Ökonomie, Sozial- und Familienpolitik

Dr. Brigitte Bertelmann
Telefon: 06131 28744-44
E-Mail: b.bertelmann@zgv.info

Arbeitslosenfragen

Marion Schick
Telefon: 06131 28744-51
E-Mail: m.schick@zgv.info

Pfarrstelle für oberhessische Qualifizierungsprojekte

Christoph Geist
Alter Krofdorfer Weg 4
35398 Gießen
Telefon: 0641 93100-13
Fax: 0641 93100-29
E-Mail: christoph.geist@jugendwerkstatt-giessen.de

Handwerk

Siegfried Schwarzer
Telefon: 06131 28744-52
E-Mail: s.schwarzer@zgv.info

Wirtschaftsraum Rhein-Main

Margit Befurt
Telefon: 06131 28744-42
E-Mail: m.befurt@zgv.info

Wirtschaftsraum Südhessen

Heike Miehe
Telefon: 06131 28744-45
E-Mail: h.miehe@zgv.info

Beauftragung für den Verein Mitte Hessen e. V.

N.N

Umwelt

Dr. Hubert Meisinger
Telefon: 06131 28744-50
E-Mail: h.meisinger@zgv.info

Ländlicher Raum

Dr. Maren Heincke
Telefon: 06131 28744-47
E-Mail: m.heincke@zgv.info

Landwirtschaftliche Familienberatung

Ellen Simon
Telefon: 06131 28744-55
E-Mail: e.simon@zgv.info

Jugend und Gesellschaft

Michael Grunewald
Telefon: 06131 28744-48
E-Mail: m.grunewald@zgv.info

Rudi Imhof
Telefon: 06131 28744-49
E-Mail: r.imhof@zgv.info

Projekte des Zentrums

Jugendwerkstatt Gießen e. V.
Wolfgang Balsler
Alter Krofdorfer Weg 4
35398 Gießen
Telefon: 0641 93100-0
Fax: 0641 93100-29
E-Mail: info@jugendwerkstatt-giessen.de
www.jugendwerkstatt-giessen.de

Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH
Claus Rauhut
Altenburger Str. 40
36304 Alsfeld
Telefon: 06631 9641-0
Fax: 06631 9641-41
E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de
www.neue-arbeit-vb.de

neue dienste Vogelsberg gGmbH
Claus Rauhut
Fulder Tor 24d
36304 Alsfeld
Telefon: 06631 9112-0
Fax: 06631 9112-39
Schreibtelefon: 06631 9112-77
www.neue-dienste-vb.de

Mitarbeit in EKD-Gremien

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt in der EKD
Bundesvorsitzender
Pfarrer Peter Janowski
Mühlgasse 4
35745 Herborn
Telefon: 02772 40863
E-Mail: awus.herborn@t-online.de

Mitglied des Vorstandes
Margit Befurt

Beauftragte für
Steuergerechtigkeit
Dr. Brigitte Bertelmann

Mitglied im Ausschuss
Erwerbslosigkeit, Sozialpolitik
und Arbeitsmarktpolitik
Marion Schick

Mitglied im Ausschuss
Arbeit und Technik
Heike Miede

Evangelischer Dienst auf dem Lande der EKD:
Mitglied des Vorstandes
Dr. Maren Heincke

Kammer für soziale Ordnung des Rates der EKD
Dr. Brigitte Bertelmann

Kammer für nachhaltige Entwicklung des Rates der EKD
Dr. Hubert Meisinger

Verantwortlich:

Zentrum Gesellschaftliche
Verantwortung der EKHN

Margit Befurt
Albert-Schweitzer-Str. 113–115
55128 Mainz

Redaktion:

Margit Befurt
Dr. Brigitte Bertelmann
Christine Seemann

Gestaltung und Layout:

Holger Giebeler
www.giebelerdesign.net

Korrektorat:

Dr. Angelika Fallert-Müller
www.fallert-mueller.de

Druck:

Lautertal-Druck
www.lautertal-druck.de

Auflage: 800

Bildnachweis

Deckblatt: ZGV, Streetfly JZ@flickr.com,
Jugendwerkstatt Gießen

Seite 3: EKHN

Seite 4: Jugendwerkstatt Gießen

Seite 5: Jugendwerkstatt Gießen, EKHN,
Hess. Staatskanzlei

Seite 6–9: Jugendwerkstatt Gießen

Seite 10–13: ZGV

Seite 14: EKHN

Seite 15: Streetfly JZ@flickr.com

Seite 21–25: ZGV

Seite 26–27: Ev. Öffentlichkeitsarbeit Darmstadt,
Siegmond Krieger

Seite 28–29: ZGV, Hans-Böckler-Stiftung

Seite 30–31: ZGV

Seite 33: ZGV

Seite 35: bayu harsa – Fotolia.com

Seite 37: Ev. Öffentlichkeitsarbeit Dekanat
Bergstraße, Berndt Biewendt

Seite 38: ZGV

Seite 39: ZGV, RWE Power AG

Seite 42–43: ZGV, Jugendwerkstatt Gießen,
Berndt Biewendt

Rückseite: ZGV, Siegmund Krieger, EKHN





Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung

der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau



10

www.zgv.info



10